

GLOBAL



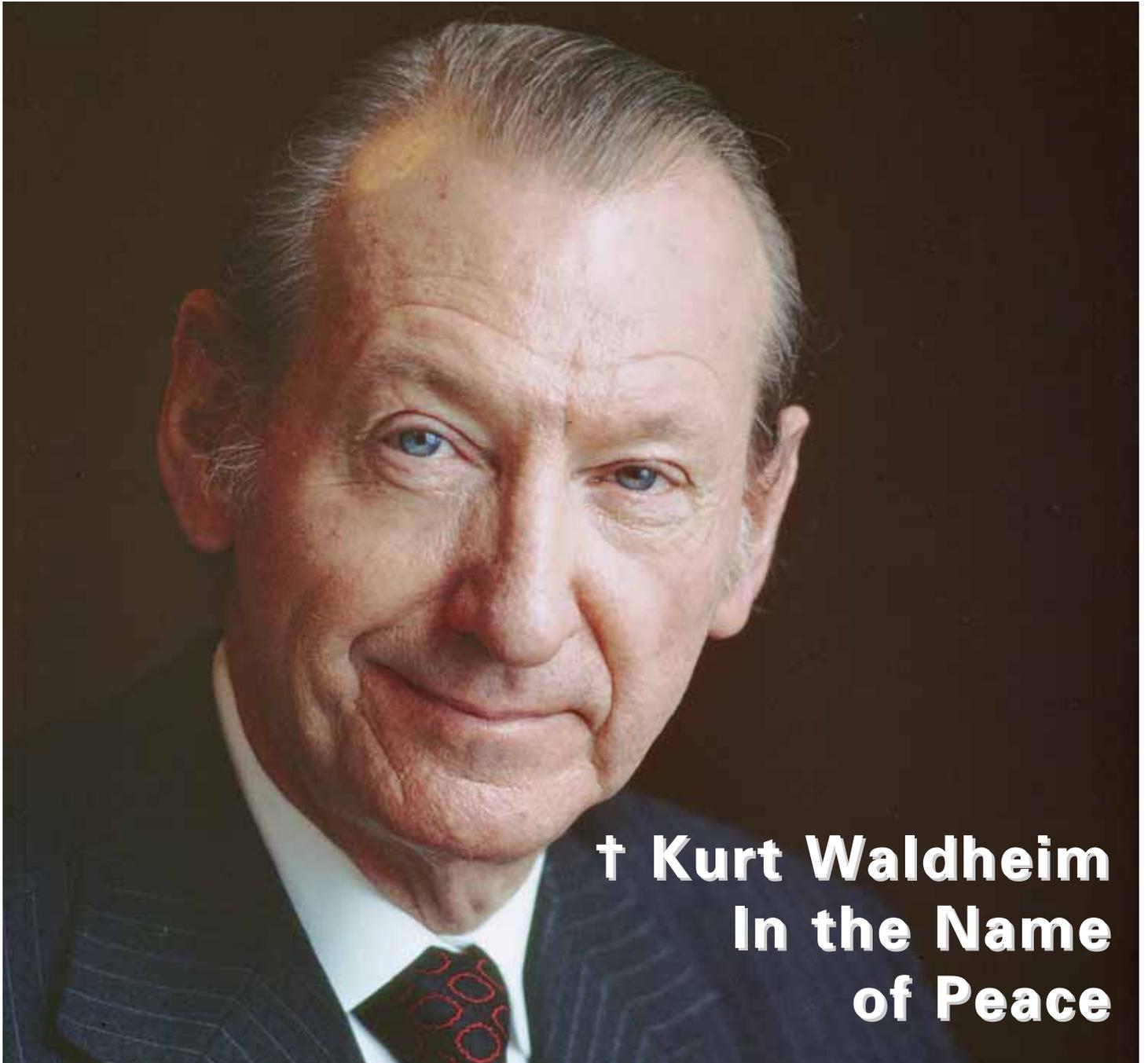
VIEW

Unabhängiges Magazin

der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen
und des Akademischen Forums für Außenpolitik

2 | 2007

3 EURO



**† Kurt Waldheim
In the Name
of Peace**



"Oberösterreich International" – ein starkes Bundesland ist vernetzt

LH Pühringer: OÖ-Netzwerk mit mehr als 100 Botschafter weltweit

Mit dem Netzwerk "OÖ International" will das Land OÖ alle Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher, die im Ausland leben, vernetzen. „Wir wollen die Erfahrungen und die Kontakte der Auslands-Oberösterreicher nutzen, um den internationalen Stellenwert unseres Bundeslandes weiter zu steigern. Ihr Wissen wird im Netzwerk „Oberösterreich International“ gebündelt“. www.ooe-international.at bietet eine Plattform für den Erfahrungsaustausch von Meinungsbildnern aus Wirtschaft, Politik, Sozialpartnerschaft, Kulturschaffenden und Medien in Oberösterreich und dem Ausland.

Weltoffenheit leben - Wissen vernetzen!

"Seit dem Beginn der Kampagne haben sich bereits mehr als 100 ehrenamtliche Botschafter unseres Landes bereit erklärt im Rahmen des Netzwerkes „Oberösterreich International“ zu arbeiten", so Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer. "Viele Landsleute sind im Ausland erfolgreich. Ihr Wissen und ihre Erfahrung wollen wir nützen. Wir laden Sie ein, als Botschafter unseres Landes dabei mitzuhelfen, den Stellenwert der Marke „Oberösterreich“ weiter zu steigern.

Mehr dazu auf www.ooe-international.at

Liebe Leserin! Lieber Leser!



Leider muss das GLOBAL VIEW von einem sehr traurigen Ereignis berichten. Altbundespräsident Dr. Kurt Waldheim, ehemaliger UNO Generalsekretär und Präsident der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen, ist am 14. Juni 2007 von uns gegangen. Dass das Magazin den Status haben kann, den es heute hat, ist auch zum großen Teil sein Verdienst. Denn hätten wir nicht infrastrukturellen Voraussetzungen (Büro, etc.), wäre ein Magazin wie dieses nicht möglich. Sein Lob, das er dem Heft immer entgegengebracht hat, war eine große Ehre für uns.

Wir werden ihn nie vergessen und er wird immer einen ganz besonderen Platz in unserem Herzen haben.

Aber es gibt auch Positives zu berichten. Die Präsidentschaftswahlen in Osttimor haben die Errungenschaften der Vereinten Nationen gezeigt, ein erst kürzlich unabhängig gewordenes Land auf den richtigen Weg zu führen. Zwar gibt es noch ab und an Probleme, aber im Großen und Ganzen, verläuft das State- und Nationbuilding Osttimors reibungslos.

In Armenien fungierte die OSZE als Wahlbeobachter und versuchte sicherzustellen, dass alles korrekt

abläuft. Diese Wahlbeobachtungen zählen sicherlich zu den wichtigen Aufgaben der Organisation und die meisten kennen die Tätigkeiten der OSZE nur im Zusammenhang damit.

Österreich rüstet sich indess für den Endspurt zur Kandidatur für den UNO Sicherheitsratsitz. Auf diesem Weg möchte ich mich bei Frau Bundesminister Plassnik bedanken, dass sie uns einen Beitrag fürs GLOBAL VIEW zur Verfügung gestellt hat.

Ein neues AFA Projekt stellt sich vor, das SISPR, das bereits im ersten Halbjahr 2007 durch eine Reihe von Veranstaltungen aufgezeigt hat, was in dem jungen AFA WIEN Team steckt.

Irene B. Stöckl, MA
Chefredakteurin

Erratum: Leider kam es in der Ausgabe 1/2007 auf Seite 38 zu einem Irrtum: Die Abtreibung in Österreich ist natürlich nicht erlaubt, sondern nur unter Straffreiheit gestellt.

Impressum Herausgeber: Österreichische Liga für die Vereinten Nationen und Akademisches Forum für Außenpolitik ■ **Eigentümer und Verleger:** Akademisches Forum für Außenpolitik - Österreich, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Büro:** A - 1010 Wien, Johannesgasse 2/2/32 | Tel./Fax: +43 /1/ 512 85 21 | <http://www.globalview.at> | globalview@afa.at ■ **Chefredakteurin:** Irene B. Stöckl, MA ■ **Mag. (FH) Klaudia Feurle; Josef C. Ladenhauf; Mag. Cäcilia S. Smekal** ■ **Illustration:** Josef C. Ladenhauf ■ **Layout:** Irene B. Stöckl, MA ■ Nicht gekennzeichnete Bilder: Redaktion oder Autor; Titelbild: UN Photo ■ **Druck:** Friedrich VDV Linz

Offenlegung der Blattlinie gem. § 25 Abs. 4 Mediengesetz **Herausgeber:** Österreichische Liga für die Vereinten Nationen und Akademisches Forum für Außenpolitik ■ **Eigentümer und Verleger** Akademisches Forum für Außenpolitik, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Sitz:** Johannesgasse 2/2/32, A-1010 Wien ■ **Unternehmer:** unabhängiger, eingetragener Verein (ZVR: 330335717) / Vorstand vertreten durch Michael F. Pfeifer (Präsident) ■ Das GLOBAL VIEW ist das unabhängige und überparteiliche Magazin der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen und des Akademischen Forums für Außenpolitik und versteht sich als Informations- und Diskussionsplattform zu außen- und weltpolitischen Themen. Der Inhalt stellt die Meinung der jeweiligen Autoren dar. ■ Auch wenn im Text aus Gründen der besseren Lesbarkeit weibliche Formen nicht explizit ausgeschrieben werden, beziehen sich alle personenbezogenen Formulierungen auf weibliche, wie männliche Personen.

Autoren



PREETA BANNERJEE has been a Public Information Officer at UNODC since 2005. She also worked with the Dag Hammaskjold Library at UNHQ New York. She is Editor of the UNODC's Annual Report. She comes from London and was born in India. She has been on UN Peacekeeping Missions to Namibia and South Africa



JOHANNES LANGER studiert Politikwissenschaft und Geschichte an der Universität Wien. Derzeit befindet er sich mit Erasmus in Uppsala, Schweden, und studiert am Department for Peace and Conflict Research. Er ist langjähriges Mitglied der Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) und Vorstandsassistent des Akademischen Forum für Außenpolitik (AFA).



IRINA J. BEIKERT studiert Theater-, Film- und Medienwissenschaft sowie Geschichte an der Universität Wien. Sie war Generalsekretärin der VIMUN 2006 und ist Vizepräsidentin des Akademischen Forums für Außenpolitik.



Dr. **MICHAEL PLATZER** worked for the United Nations for 34 years (1970-2004) in a variety of capacities, including in the Office of the Secretary General. He now teaches about the United Nations at Bond University in Australia and is a member of the Academic Council on the United Nations System.



Mag. (FH) **KLAUDIA FEURLE** studierte Internationale Wirtschaft und Management an der Fachhochschule Kufstein. Derzeit studiert sie Politikwissenschaft an der Universität Wien. Im Akademischen Forum für Außenpolitik bringt sie sich aktiv in die jährlich stattfindende VIMUN ein. Sie ist Mitglied des Redaktionsteams des GLOBAL VIEW.



LEILA SALEHI RAVESH studierte Journalismus und arbeitete als Journalistin im Iran. Derzeit studiert sie Publizistik und Kommunikationswissenschaften sowie Politikwissenschaften in Wien. Sie ist seit Februar 2007 die stv. Vorstandsvorsitzende des AFA-Wien.



URDUR GUNNARSDOTTIR is the spokesperson of the OSCE election body, the Office for Democratic Institutions and Human Rights in Warsaw. She has 7 years experience working for the OSCE, mainly in the Balkans; Kosovo and Bosnia and Herzegovina. Before joining the OSCE she was a journalist in her home-country, Iceland.



SIMON TAUER ist Vorstandsvorsitzender des AFA-WIEN. Er studiert Politikwissenschaft. Zur Zeit absolviert er ein Praktikum bei der UNDP in Jemen.



CHRISTOPH HARTL studiert Politikwissenschaft und Geschichte an der Universität Wien. Nach einem einjährigen Studienaufenthalt in Warschau und einem Praktikum an der österreichischen Botschaft ebenda widmet er sich zurzeit u.a. der Organisation der für November geplanten AFA-Studienreise nach Polen und seiner Diplomarbeit.



Dr. **AXEL WÜSTENHAGEN** war von 1972-2003 in der Öffentlichkeitsarbeit der UNO. Er leitete die UNO Informationsdienste in Athen, Wien und Bonn und fungiert seit 1997 als Medienkoordinator der jährlichen Weltklimakonferenzen. Von 1967-1972 war er Generalsekretär der Österr. Liga für die Vereinten Nationen, deren Vorstand er seit 1962 angehört.

Inhalt



Am 14. Juni 2007 verstarb Alt-Bundespräsident Dr. Kurt Waldheim. Er war UNO Generalsekretär von 1972 bis 1981. Artikel S.10



On 12 May 2007 Parliamentary Elections took place in Armenia. The OSCE was there - with more than 400 observers . Article p.42



Österreich bewirbt sich für den UNO Sicherheitsratssitz. Ein Bericht zur Kandidatur von Frau Bundesminister Plassnik. Artikel S.50

06 UNO/International

06	Dr. Axel Wüstenhagen	UN Ticker
10	Dr. Michael Platzer	Kurt Waldheim
18	Irene B. Stöckl, MA	Darfur
22	Mag. Fabio Maurer	Osttimor
24	Preeta Bannerjee	UNODC Crime Report: The Caribbean
26	Mag (FH) Klaudia Feurle	G8 Heiligendamm
28	Mag (FH) Klaudia Feurle	Chinesisches Kapital nach Afrika
30	Christian Schusterschitz	Indianerstamm kauft Hardrock Café
32	Leila Salehi Ravesh	Der neue Khomeini
34	Christoph Hartl	Laiendiplomatie
36	Ismael Ndao	Dos&Donts: Senegal
38	Irene B. Stöckl, MA	To The Point: The UN Secretariat

40 Europa

40	Johannes Langer	Nordirland
42	Urdur Gunnasdottir	OSCE Mission in Armenia
44	Hadmar Hölzl	Kläger als Angeklagte
46	Petra Jahn	Portugal: EU Ratspräsidentschaft
48	Mag. Cäcilia S. Smekal	Kolumne
49	Josef C. Ladenhauf	Kartoon

50 Österreich

50	Dr. Ursula Plassnik	UNO Sicherheitsrat Kandidatur Österreichs
52	Irina J. Beikert	Buchrezension

54 Kultur/Gesellschaft

54	Irina J. Beikert	Afrika im Film
56	Salwa Mohamed Ahmed	Art Around the Globe: Egypt

58 AFA

58	Irene B. Stöckl, MA	So wird Jugend inspiriert
60	Julie A. Demel	Balkan Studienreise
61	Simon Tauer	Sicherheit interdisziplinär erforschen
63	Irene B. Stöckl, MA	People



UN TICKER

April - Juni 2007

von Dr. Axel Wüstenhagen



UNO

Personelles

Der japanische Diplomat Kiyotaka Akasaka trat am 2. April sein Amt als neuer Leiter der Hauptabteilung Presse und Information an. Er folgt in dieser Funktion dem Inder Shashi Tharoor als Untergeneralsekretär für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit nach.

Generalsekretär Ban Ki-moon hat am 26. April den ehemaligen portugiesischen Staatspräsidenten Jorge Sampaio zum ersten Hohen Vertreter der Vereinten Nationen für die Allianz der Zivilisationen ernannt. Die 2005 eingerichtete internationale Initiative fördert die Versöhnung zwischen Religionen und Kulturen.

Der Schweizer Physiker Konrad Osterwalder wurde am 9. Mai zum neuen Rektor der Universität der Vereinten Nationen ernannt. Osterwalder wird am 1. September sein Amt als 5. UNU-Rektor antreten. Er folgt in dieser Funktion dem holländischen Geographen Hans van Ginkel nach.

Generalversammlung

Am 24. Mai wählte die Generalversammlung den vormaligen UNO-Botschafter der früheren jugoslawischen Republik Mazedonien, Srgjan Kerim, zum Präsidenten ihrer 62. Jahrestagung, die im September beginnen wird. Die Generalversammlung müsse sich an die Spitze der internationalen Bemühungen um einen wirksamen Multilateralismus setzen, erklärte Kerim. Globalisierung, Klimawandel, Terrorismus, Migration und nachhaltige Entwicklung können nicht innerhalb nationaler Grenzen oder auf regionaler Ebene allein bewältigt werden. Fehlschläge der Weltorganisation seien nicht auf Unzulänglichkeiten des UNO-Systems zurück zu führen, sondern auf den mangelnden politischen Willen einzelner Mitgliedstaaten. Zu den wichtigsten anstehenden Themen zählte der neue Generalversammlungspräsident die globale Erwärmung und die Millenniums-Entwicklungsziele.

Darfur

Am 16. April begrüßte UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon die Zustimmung der sudanesischen Regierung zur "schwerer Unterstützung" des Friedenssicherungseinsatzes der Afrikanischen Union in der Krisenregion Darfur mit Truppen, Polizeikräften und Zivilbeamten der Vereinten Nationen. Damit tritt der zweite Abschnitt eines Dreiphasenplanes für den Einsatz einer gemeinsamen UN/AU-Friedenssicherungstruppe in Kraft, die die Stationierung von rund 17.000 Soldaten und 3.000 Polizeioffizieren der UNO und der AU in der Region Darfur vorsieht. Seit 2003 sind dort mehr als 200.000 Menschen getötet worden; mehr als zwei Millionen wurden aus ihren Heimatdörfern vertrieben. Der Konflikt droht sich auf die Nachbarländer Tschad und Zentralafrikanische Republik auszuweiten, wo Tausende Flüchtlinge Zuflucht gesucht haben.

Am 12. Juni nahm die sudanesischen Regierung den Vorschlag zur Stationierung einer gemeinsamen UN/AU-Truppe an, nachdem sowohl die Vereinten Nationen als auch die Afrikanische Union Klarstellungen zu Mandat, Aufbau und Aufgabenstellung der Truppe abgegeben hatten. Ein entsprechendes Übereinkommen zwischen den drei Seiten war in Addis Abeba erzielt worden.



UMWELT

Klimawandel

Generalsekretär Ban Ki-moon hat am 6. April den neuen Bericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimawandel (IPCC) über "Auswirkungen, Anpassung und Gefährdung" begrüßt, der in Brüssel veröffentlicht wurde. Die Studie geht davon aus, dass steigende Erdtemperaturen tiefgreifende Veränderungen im Ökosystem der Erde verursachen. Generalsekretär Ban rief die Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) auf, rasch einen Plan auszuarbeiten, um rechtzeitig das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll zu ersetzen.

Am 1. Mai ernannte der Generalsekretär die ehemalige Ministerpräsidentin Norwegens, Gro Harlem Brundtland, den ehemaligen Staatspräsidenten Chiles, Ricardo Lagos Escobar, und den Präsidenten der 56. UNO-Generalversammlung, Han Seung-soo, zu seinen Sonderbeauftragten für Klimawandel.



KONFLIKTE

Kongo

Am 3. April forderte der Sicherheitsrat ein gemeinsames Bekenntnis der politischen Parteien der Demokratischen Republik Kongo zur nationalen Versöhnung. Gleichzeitig beklagte der Rat die jüngste Welle der Gewalt in der Hauptstadt des Landes. Nach Angaben der UNO-Friedenstruppe MONUC sind bei Zusammenstößen zwischen Regierungstruppen und Milizverbänden des früheren Vizepräsidenten Jean-Pierre Bemba, der in den Vorjahrswahlen gegen Präsident Kabila unterlegen war, Hunderte Menschen ums Leben gekommen. Nach dem Ende eines sechsjährigen Bürgerkrieges, der vier Millionen Menschenleben gekostet hatte, befindet sich die Demokratische Republik Kongo jetzt im Wiederaufbau. Die im Vorjahr abgehaltenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen waren die ersten demokratischen Wahlen seit mehr als vier Jahrzehnten. (Siehe auch: Friedenssicherungseinsätze).

Libanon

Der Präsident des Sicherheitsrates, Botschafter Zalmay Khalilzad (USA), hat am 23. Mai die wachsende Sorge des Rates über das Schicksal der Zivilbevölkerung zum Ausdruck gebracht, die ins Kreuzfeuer der Kämpfe zwischen der libanesischen Armee und den bewaffneten Einheiten der Fatah al-Islam im palästinensischen Flüchtlingslager Nahr el-Bared geraten sind. Der Angriff der Fatah-Einheiten, der bereits mehr als 60 Menschenleben gekostet hat, wurde als inakzeptabler Anschlag auf die Stabilität, Sicherheit und Souveränität des Libanon kritisiert. In dem Lager leben rund 31.000 Flüchtlinge, darunter 8.000 von der UNRWA registrierte Härtefälle. 10.000 Menschen haben im benachbarten Flüchtlingslager Beddawi bzw. in einem Stadion in der Stadt Tripoli Zuflucht gesucht, wo sie von der UNRWA versorgt werden. Der Sicherheitsrat beschloss am 30. Mai, den zur Aburteilung der mutmaßlichen Mörder des früheren libanesischen Regierungschefs Rafik Hariri eingesetzten Sondergerichtshofes am 10. Juni in Kraft zu setzen, falls der Libanon davor nicht selbst entsprechende Schritte setzt. Für diesen Beschluss stimmten 10 Ratsmitglieder; China, Russland, Indonesien, Katar und Südafrika enthielten sich der Stimme. Der Gerichtshof wird sich zunächst mit der Ermordung Hariris und weiterer 22 Personen befassen, die im Februar 2005 bei einem Bombenanschlag in Beirut ums Leben gekommen waren. Danach kann er selbst darüber beschließen, ob er auch andere politische Mordanschläge seit Oktober 2004 untersuchen will.

Iran

IAEO-Generaldirektor Mohamed ElBaradei zeigte sich am 11. Juni zunehmend besorgt über die anhaltende Konfrontation in der Frage des Atomprogramms des Iran. Vor dem Gouverneursrat der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) in Wien betonte er, es sei jetzt Sache des Iran, die Zusammenarbeit mit seiner Organisation zu suchen und dabei volle Transparenz und aktive Kooperation an den Tag zu legen, damit die Atombehörde die Zusicherung geben könne, dass die nuklearen Aktivitäten des Iran ausschließlich friedlichen Zwecken dienen.

Nach einem Zusammentreffen des IAEO-Chefs mit dem Sekretär des obersten iranischen Sicherheitsrates, Dr. Ali Larijani, gab die IAEO am 25. Juni die bevorstehende Entsendung eines Expertenteams nach Teheran zur Klärung der offenen Fragen über das iranische Atomprogramm bekannt. Dieser Schritt ist Teil einer politischen Verständigung, die Dr. Larijani mit EU-Verhandler Javier Solana erörtern will.

Somalia

Generalsekretär Ban Ki-moon forderte am 23. April die Einstellung der Gewalttaten, bei denen in der Vorwoche mehr als 250 Menschen getötet und 320.000 vertrieben worden waren. Ban beklagte vor allem den Einsatz schwerer Waffen gegen die Zivilbevölkerung als Verletzung des humanitären Völkerrechts. UNO-Hilfsorganisationen warnten, dass die labile Sicherheitslage in der Hauptstadt Mogadischu die Versorgung der somalischen Bevölkerung ernsthaft gefährde und eine humanitäre Krise auslösen könne.

Liberia

Am 27. April hob der Sicherheitsrat das über Liberia verhängte Exportverbot für Diamanten auf, das dem Land die Ausfuhr sogenannter "Blutdiamanten" untersagte, mit deren Erlös zahlreiche Kriege in Westafrika, vor allem in Liberia und Sierra Leone, finanziert worden waren. In einer Resolution stellte der Rat fest, dass Liberia bereits ausreichende interne Kontrollen für die Überwachung des Diamantenhandels eingeführt habe. Der Rat behielt sich jedoch vor, die Aufhebung des Embargos innerhalb von 90 Tagen neuerlich zu überprüfen.

Flüchtlinge

In einem am 25. April vorgelegten Bericht stellte die UNRWA fest, dass die Palästinensischen Behörden aufgrund der Beschlagnehmung der Zollerträge durch Israel und des Einfrierens finanzieller Zuwendungen der Geberländer nicht länger in der Lage sei, grundlegende Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen.

Die Finanzmittel der Palästinensischen Behörde sind 2006 um mehr als 35% auf rund 1,4 Milliarden US-Dollar gesunken.



Kosovo

Der Sicherheitsrat hat am 26. April eine Mission zu Gesprächen über die Zukunft der serbischen Provinz Kosovo nach Europa entsandt, die in Brüssel, Belgrad, Pristina und Wien Station machte. Der Rat wollte sich auf diese Weise aus erster Hand ein Bild über die soziale, politische und wirtschaftliche Lage, den Aufbau demokratischer Einrichtungen, die Durchsetzung von Minderheitenrechten und die Schaffung einer unparteilichen Justiz und Gesetzgebung in der zum Großteil von einer albanischen ethnischen Mehrheit bewohnten Provinz machen. Nach Abschluss der einwöchigen Rundreise erklärte Ratspräsident Johan Verbeke (Belgien), die Positionen der beiden Volksgruppen lägen noch immer weit voneinander entfernt. Während die albanische Mehrheit den im März vorgelegten Bericht des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs, Martti Ahtisaari, unterstützt, der einen stufenweisen Übergang zur Unabhängigkeit der Provinz vorsieht, wird dieser von der serbischen Volksgruppe, die weitere Verhandlungen über den künftigen Status des Kosovo fordert, abgelehnt. Die Schaffung einer integrierten, multi-ethnischen Gesellschaft im Kosovo werde daher noch beträchtliche Anstrengungen erfordern, sagte Verbeke.

Irak

Zur Unterstützung eines internationalen Paktes für den Irak wurde am 3. Mai bei einem Gipfeltreffen in Sharm el-Sheik ein Fünfjahresplan für Frieden und Entwicklung ins Leben gerufen. An dem Treffen nahmen UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon, sowie Delegierte aus 74 Ländern teil, die sich für eine verbesserte Regierungsführung, Anti-Korruptionsmaßnahmen, gleichen Schutz für alle irakischen Bürger und institutionelle Einrichtungen zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit aussprachen.

UNO Reform

Reiche wie arme Länder können von den Vereinten Nationen mehr profitieren, wenn deren Einsätze vor Ort im Bereich der Entwicklung, der humanitären Hilfe und des Umweltschutzes besser abgestimmt und effizienter umgesetzt würden, erklärte Generalsekretär Ban Ki-moon am 16. April bei der Vorlage des Berichts der hochrangigen Arbeitsgruppe über systemweite Kohärenz der Weltorganisation. Das Pilotprogramm "Eine UNO" sei bereits in acht Ländern umgesetzt worden, in denen mehrere Hilfsorganisationen und Programme der Vereinten Nationen im Einsatz sind. Sie wurden unter einer Führung zusammengefasst und haben jetzt ein gemeinsames Arbeitsprogramm und Budget. Auch der Exekutivrat für Koordination am Sitz der Organisation in New York soll wirksamer und transparenter werden. Ban kündigte an, auch die verschiedenen UNO-Einrichtungen, die sich mit Frauenfragen und der Gleichberechtigung der Geschlechter befassen, in einer dynamischen UNO-Einheit zusammenzufassen.

Am 20. April legte die Präsidentin der Generalversammlung, Sheikha Haya Rashed Al Khalifa, einen Bericht zur Reform des Sicherheitsrates vor. Danach sind die Ansichten der Mitgliedstaaten zu einzelnen Fragen der Reform - von der Aufstockung der Zahl der Sitze bis zur Frage, welches Ratsmitglied ein Vetorecht erhalten soll - nach wie vor so gespalten, dass jetzt eine Übergangsregelung in Aussicht genommen werden soll, um das derzeitige Patt zu überwinden. Zeitlich befristet soll eine Reformvariante ausprobiert werden. Nach Ablauf dieser Frist können die Staaten über deren Fortsetzung befinden. Kein Staat würde dabei seine ursprüngliche Position zur Reform aufgeben müssen. Vier Reformvarianten für eine Zwischenlösung sollen zur Wahl gestellt werden. Dieser Vorschlag kam von den fünf Verhandlungsführern - den UNO-Botschaftern Tunesiens, Zyperns, Kroatiens, Chiles und der Niederlande - die im Auftrag der Generalversammlungspräsidentin drei Monate lang intensive Konsultationen geführt hatten.

Drogenmissbrauch

Exekutivbeamte in aller Welt würden in einem "Informationsnebel" agieren, der das Ausmaß der Gefahren der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität verschleierte, warnte der Exekutivdirektor des UNO-Büros für Drogen- und Verbrechenbekämpfung (UNODC), Antonio Maria Costa, anlässlich der Eröffnung der Jahrestagung der Kommission für Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege am 23. April in Wien. Geldwäsche und Korruption, Verbrechen im Cyberspace, oder vorsätzliche Umweltzerstörung gehörten zur "Globalisierung" in diesem Bereich. Die Mitgliedstaaten müssten dem organisierten Verbrechen entschlossener gegenüber treten und eingehendere Informationen zur Verfügung stellen, damit eine umfassende internationale Reaktion möglich werde.

Bei den meisten illegalen Drogen seien Produktion, illegaler Handel und Konsum im vergangenen Jahr gleich geblieben und die Exekutivbehörden würden im Kampf gegen diese Geißel der Menschheit immer erfolgreicher, heisst es im Weltdrogenbericht 2007, der am 26. Juni - dem Internationalen Tag gegen Drogenmissbrauch - vom UNO-Büro für Drogen- und Verbrechenbekämpfung in Wien veröffentlicht wurde. Damit sei die Befürchtung widerlegt, die Welt würde in einer Epidemie des Drogenmissbrauchs versinken, erklärte UNODC-Exekutivdirektor Antonio Maria Costa. Während die Märkte für Kokain, Heroin, Cannabis und Amphetamine im Zeitraum 2005-2006 fallende oder höchstens stabile Werte aufzeigten, bereite die Opiumproduktion in Afghanistan ein enormes Problem. Dort würden nicht weniger als 90% des weltweiten Opiumangebots erzeugt. Generalsekretär Ban rief die Länder auf, mehr Zeit und Anstrengungen auf die Senkung der Nachfrage und nicht nur auf die Reduzierung des Angebots zu verwenden.

UNO Treffen in Wien

Das 7. Globale Forum "Den Staat neu erfinden" ging am 29. Juni mit der Annahme einer Wiener Erklärung im Austria Center Wien zu Ende. Die Erklärung weist auf das weltweite Problem geringen Vertrauens in den Staat hin. An dem Forum nahmen mehr als 2.000 Delegierte aus über 160 Staaten, darunter Staats- und Regierungschefs, Minister, Parlamentsabgeordnete, hochrangige Beamte, Vertreter der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft teil.

Durch umgehende Maßnahmen der Mitgliedstaaten sollen der soziale Konsens erweitert sowie die Regierungsführung und die öffentliche Verwaltung verbessert werden. Da es kein, für alle Staaten gültiges allgemeines Rezept zur Vertrauensbildung in den Staat geben könne, müssten neben universellen Prinzipien demokratischer Regierungsführung wie Transparenz, Rechenschaftspflicht und Bürgerengagement konkrete, auf die jeweiligen Gegebenheiten der einzelnen Staaten angepasste Maßnahmen ergriffen werden. Die Wiener Erklärung empfiehlt in diesem Zusammenhang, die Legitimität der Regierung zu sichern; öffentliche Dienstleistungen und den Zugang dazu nach Prioritäten zu ordnen; öffentlich-private Partnerschaften zu ermöglichen; die Transparenz und Rechenschaftspflicht zur Korruptionsbekämpfung zu stärken; den Zugang der Entwicklungsstaaten zu Informations- und Kommunikationstechnologien zu verbessern; ein wirksames Engagement der Zivilgesellschaft zu unterstützen; den Schwerpunkt auf Ansätze zu legen, die Belange von Frauen in den Mittelpunkt stellen; den Staat näher an die Menschen zu bringen; Innovationen im öffentlichen Sektor zu fördern und das Vertrauen in Krisen- und Post-Konflikt-Staaten wieder herzustellen.

Seit 1999 beschäftigt sich das Globale Forum "Den Staat neu erfinden" mit der notwendigen Verbesserung der Regierungsführung und der öffentlichen Verwaltung. Bisher fanden Konferenzen zu diesem Thema in Washington, Brasilia, Neapel, Marrakesch, Mexiko-Stadt und Seoul statt. Die Tagung sollte einen direkten Beitrag zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele leisten.

Friedenssicherung

Mit einem Aufruf an Marokko und die POLISARIO, die seit langem unterbrochenen Gespräche "in gutem Glauben" wieder aufzunehmen, verlängerte der Sicherheitsrat am 30. April den Einsatz der UN-Friedenssicherungsmission in der Westsahara (MINURSO) um weitere sechs Monate. Generalsekretär Ban Ki-moon wurde aufgefordert, Verhandlungen zwischen beiden Seiten einzuleiten, um eine gerechte, dauerhafte und für alle Seiten annehmbare politische Lösung zu erreichen, die das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung der Westsahara verwirklicht.

Am 20. Juni verlängerte der Sicherheitsrat das Mandat der Beobachtertruppe für die Truppentrennung auf den Golanhöhen (UNDOF) um weitere sechs Monate. Die Truppe überwacht bereits seit 33 Jahren die Truppentrennung zwischen Syrien und Israel nach dem Nahostkrieg von 1973.

Am 13. April verlängerte der Sicherheitsrat die UN-Beobachtermission in Georgien (UNOMIG) um weitere sechs Monate. Vor 14 Jahren hatten Kämpfe zwischen Regierungstruppen und abchasischen Einheiten rund 300.000 Menschen aus ihrer Heimat vertrieben.

Am 15. Juni verlängerte der Sicherheitsrat die UNO-Friedenstruppe in Zypern (UNFICYP) bis Mitte Dezember 2007. In einer einstimmig angenommenen Resolution bezeichnete der Rat den status quo als inakzeptabel. Die Zeit arbeite nicht für eine Lösung und die Blockade einer endgültigen politischen Regelung des Zypernproblems dauere nun schon zu lange, betonte der Rat.

Naher Osten

Generalsekretär Ban Ki-moon hat am 19. April den Beschluss der Arabischen Liga begrüßt, eine im März 2002 in Beirut beschlossene Friedensinitiative für den Nahen Osten wieder aufleben zu lassen.

Das Diplomatische Nahostquartett rief am 30. Mai in Berlin Israel und die Palästinenser zur konstruktiven Zusammenarbeit auf, um Fortschritte in der Frage eines palästinensischen Staates im Einklang mit früheren internationalen Vereinbarungen zu ermöglichen. Dem Quartett gehören die Vereinten Nationen, die Europäische Union, die Vereinigten Staaten und Russland an. Mit großer Sorge ging das Quartett auf die Gewaltausbrüche zwischen den beiden palästinensischen Gruppen - der den Regierungschef stellenden Hamas und der Fatahbewegung des palästinensischen Präsidenten - ein und verurteilte die Raketenangriffe militanter Palästinenser auf Israel. Gleichzeitig mahnte das Quartett Israel zur Mäßigung. Beim Einsatz seiner Sicherheitskräfte solle Israel verstärkt darauf achten, zivile Opfer oder die Zerstörung von zivilen Infrastruktureinrichtungen zu vermeiden.

Am 27. Juni ernannten die Mitglieder des Quartetts den früheren britischen Regierungschef Tony Blair zu ihrem Vertreter. Die jüngsten Entwicklungen im Gazastreifen und auf der Westbank machten die Friedenssuche im Nahen Osten dringender denn je. Blair soll internationale Hilfe für die Palästinenser mobilisieren, beim Aufbau eines palästinensischen Staates helfen, mit Hilfe eines Expertenteams in Jerusalem Pläne zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung ausarbeiten und Kontakte zu anderen Ländern pflegen, um die vereinbarten Zielsetzungen des Quartetts umzusetzen.

KURT WALDHEIM: THE FOURTH SECRETARY-GENERAL (1972-1981)

Former United Nations Secretary-General Kurt Waldheim died on 14 June 2007 at the age of 88. **Text** Michael Platzer

In death, as in life, his achievements were overshadowed by the controversy over his military service during World War II. However, his many outstanding accomplishments at the United Nations in the service of the community of nations and his profound commitment to peace and human rights should be remembered, as should the tremendous challenges he successfully faced during his 10 years as Secretary-General. In 1972, when he took office, the Vietnam War was at its height. Moreover, the United Nations had been "hijacked" by the developing countries who were demanding a New International Economic Order. The UN was broke, with both France and the Soviet Union refusing to pay their debts. At the same time, the US Congress voted to reduce its contribution by 20 percent. When questioned about reasons for the shortfall, US Secretary of State Henry Kissinger is reputed to have said: "Don't bother me with that UN crap," which more or less reflected the official US attitude at the time.

First Appointments

All commentators, even his detractors, comment that Waldheim was a hard worker. With a total of 16 years of experience as a diplomat at the UN, he jumped right into the job

of Secretary-General, and he appointed good deputies: John Davidson, a Canadian businessman, as Head of Administration; Jean Ripert, the French economist, as Under Secretary-General (USG) for Economic Affairs; the old UN hand Brian Urquhart, as USG for Political Affairs; the Belgian Eric Suy as Legal Counsel; the skilled Argentinian diplomat Roberto Guyer, as Special Political Representative; the energetic American Bradford Morse as USG for General Assembly Affairs (and later head of UNDP) and Sadruddin Aga Khan as head of UNHCR. The first woman Assistant Secretary-General, Helvi Sipilä was also appointed by Waldheim.

UN Financial Crisis

The first thing Waldheim tackled on coming to office was the UN financial crisis; he announced austerity measures in the Secretariat (freezing recruitment, promotions), urged that meetings and documentation be curbed, and asked countries to pay their contributions early. He managed to get China and France to advance their contributions (by 3 million USD and 10 million USD, respectively) and to institute biennial budgets - a legacy to this day - which allowed for longer-term planning/budgeting.

Bangladesh

The Indo-Pakistan War was winding down just as Waldheim was elected. However, India was holding prisoner 90 000 Pakistani troops, 200 000 Bengalis were stranded in Pakistan, five million people were homeless and much of the infrastructure in Bangladesh had been destroyed. Waldheim appointed Robert Jackson, former Deputy Director of the UN Relief and Rehabilitation Administration, to head the Bangladesh operation - the largest UN relief operation to date with 1.5 billion USD in assistance delivered. Harbors in Bangladesh were cleared and infrastructure repaired in a multinational reconstruction operation that could still be a model today. Waldheim appointed a group of experts to facilitate the two-way transfer of population that eventually led to the peaceful settlement of the dispute between India, Pakistan and Bangladesh.

Terrorism

In September 1972, Secretary-General Waldheim, on his own initiative, placed terrorism on the agenda of the General Assembly; this came in the wake of the Munich Olympics massacre and 118 other terrorism-related incidents that took place in that year alone. No-



Nevertheless, the proposed GA resolution based on an unusually frank SG report went down to defeat because the developing countries wanted the "underlying causes" discussed as well. Nonetheless, Waldheim continued to condemn terrorist acts as they occurred in the seventies (Red Army faction, IRA, South Moluccas Separatists, attack on OPEC HQ). Waldheim won few friends for his strong words, spoken three decades before 9/11.

Indo-China

Few remember Kurt Waldheim as a bold and outspoken man. However, he offered to serve as an intermediary in Northern Ireland when the British troops fired on the Catholic marchers and the IRA was exploding bombs in London. His offer was rebuffed. He then offered to mediate in the Vietnam War as an honest broker, when the USA resumed the bombing of North Vietnam and Haiphong Harbor, but his offer was refused by both sides. In May 1972, Waldheim convened the permanent members of the Security Council to discuss ending the Vietnam War after Nixon ordered the mining of all North Vietnamese ports. When the SG condemned the bombing of the Red River dike system, Nixon accused him of double standards because

he had ignored the North's invasion of South Vietnam. Waldheim even had to defend his Vietnam peace initiative against Chinese and Soviet criticism. Waldheim published a letter saying the UN could no longer remain a mute spectator to the war.

In December 1972, when the USA resumed the bombing (after agreeing a cease-fire with Vietnam), Waldheim summoned the US permanent representative to express his concern. In February 1973, he was included in the 12-nation peace conference on Vietnam in Paris. But Waldheim went too far too fast and offered observer status to the Viet Cong (the provisional government of Vietnam) in New York, an offer which he had to withdraw a month later, under pressure from the USA. Waldheim did, however, allow a Vietcong office at the Geneva headquarters. When South Vietnam finally fell, Waldheim appealed to all sides to limit the suffering of innocent people.

Cambodia

When Vietnam invaded Cambodia to topple the Pol Pot regime and China then invaded Vietnam, Waldheim visited China and Vietnam to offer his good offices. He again appointed Robert Jackson to coordinate humanitarian assistance in Cambodia a move un-

popular in some quarters as the Pol Pot government was still officially the representative at the UN. In July 1979, the Secretary-General called a Conference to deal with the Vietnamese "boat people" refugee crisis. In November 1979, he chaired a UN Conference on Cambodia which secured 200 million USD to prevent famine and disease.

Middle East

The Middle East was also to leave its mark on the term of the Fourth Secretary-General. Already in February 1972, Israeli forces were attacking southern Lebanon. The Security Council ordered the cessation of all military action against Lebanon and later authorized UN observers to police the Israeli-Lebanese border. However, civil war broke out in Lebanon between the army and the Palestine Liberation Organization (PLO) supported by Syria, while Israel aided the Christian militia. In October 1973, the Yom Kippur War began when Egypt attacked Israel. Egypt was routed by Israeli forces in the Sinai that had crossed the Suez Canal. Henry Kissinger negotiated the Israeli and Egyptian withdrawal; however, the Security Council asked the Secretary-General to send UN observers to



supervise the truce and Waldheim quickly re-deployed troops from Cyprus to facilitate disengagement. The Security Council subsequently agreed to a 7,000-strong United Nations Emergency Force, which could not be removed without the agreement of all parties. Meanwhile, hostilities continued between Syria and Israel, with heavy shelling and an air battle taking place around the Golan Heights. In May, Kissinger negotiated the Golan Heights' United Nations Disengagement Observer Force (UNDOF), which was immediately implemented by Waldheim and which remains in place to this day. Waldheim obtained a critical eleventh-hour Syrian extension to the UNDOF of six months in November 1974 and again in May 1975.

Lebanon

Meanwhile, fighting spread across Lebanon in 1976, as Waldheim pleaded to all the parties to end the bloodshed. In February, he appealed for 50 million USD to assist the victims of Lebanon's internal conflict, as the United Nations Relief and Works Agency

(UNRWA) for Palestine Refugees in the Middle East abandoned the chaos of Beirut for Vienna. On 30 March, Waldheim, acting under Article 99 of the UN Charter, told the Security Council that the Lebanese situation threatened international peace. Syrian troops entered Lebanon to stabilize the county while Christian militia attacked the PLO and seized control of southern Lebanon. The conflict continued until March 1978, when the Security Council agreed to a 4,000-strong UN Interim Force in Lebanon (UNIFIL) proposed by the Secretary-General; this was later increased to 6,000. However, the Israelis in withdrawing turned over their positions to the Christian militia, which Waldheim criticized, while Israel bombed PLO camps in Lebanon.

The Secretary-General in his report charged Israel with regularly interfering with UNIFIL operations. History repeated itself again with last year's Israeli invasion of Lebanon to suppress the Hamas attacks. While the Camp David accords did establish peace between Egypt and Israel, truces were broken and fighting flared up in Lebanon during the final

years of Waldheim's tenure at the UN. However, UNEF, UNDOF and UNIFIL remain his legacy.

Cyprus

Kurt Waldheim is most closely associated with Cyprus. When Turkey invaded Cyprus in July 1973, Waldheim telephoned the Prime Minister of Turkey, Bülent Ecevit asking him to safeguard the UN troops guarding Nicosia airport. He personally met with the Greek and Turkish leaders in August in Cyprus and achieved the resumption of face-to-face negotiations. The following year, he convened the Vienna talks between the leaders at which they agreed to reopen the airport, but in June he had to tell the Security Council the talks were deadlocked. In February 1976, Waldheim reconvened the inter-communal negotiations in Vienna. Again in February 1977, he got Archbishop Makarios, leader of the Greek Cypriots and Rauf Denktash, Turkish Cypriot leader, to resume talks, which he hailed as a "breakthrough". But again he had to tell the Security Council in April that



Photo: UN Photo/x, UN Photo/Teddy Chen

the negotiations had failed. In January 1978, Waldheim noted a "turning point" in the Cyprus dispute. But in the end, the fourth Secretary-General saw Cyprus as "the most thankless and frustrating task of my term of office." There were no further outbreak of major hostilities, however, the division of the island continues until today.

Africa

In the Seventies, the Secretary-General devoted a great deal of concern to Africa. Not only did the first Security Council ever held outside New York, take place only a few weeks after he took office in Addis Abbaba.

Throughout his tenure, Waldheim had to maneuver between the decolonization demands for the Portuguese territories, Spanish Sahara, Rhodesia and South West Africa and the sanctions against Apartheid South Africa and her Portuguese, UK and US allies. After the young Portuguese military officers staged a coup in Lisbon in 1974, Waldheim offered to help with the decolonization of the

Portuguese empire in Africa (the author was assigned to the transitional government of Guinea-Bissau and Cape Verde). The independence of Rhodesia proved to be more difficult, as the British offered a handover to Ian Smith and moderate blacks, while the Security Council requested Waldheim to appoint a representative to discuss arrangements for an orderly transition to majority rule in Southern Rhodesia. In the end, after UN embargos and sanctions took effect, Ian Smith agreed to let Mugabe and Nkomo share power in the renamed independent country of Zimbabwe in 1979.

Western Sahara

In 1975, Waldheim traveled to Spain, Morocco, Mauritania and Algeria to seek a non-violent solution to the conflict over Spanish Sahara. Spain agreed to withdraw in favor of UN forces and to a UN supervised referendum. The General Assembly insisted on the right of self-determination, but Morocco intended to annex the territory through a population movement (a "green march" of

350.000 persons). Although a bloody conflict between Algeria (which supports the local Saharans) and Morocco (Mauritania dropped its claim) was avoided, the "non-solution" solution held in Western Sahara (and no UN Referendum has been able to be carried out in the past 30 years).

Namibia

Waldheim was more directly involved in the preparations for a referendum for South West Africa. South Africa had proposed a transition plan which was rejected by the UN Council for Namibia and the liberation movement SWAPO. But in 1978, SWAPO was ready to accept UN-supervised elections in Namibia. Waldheim proposed to the Security Council to establish a UN Transition Assistance Group (UNTAG) to help Namibia to independence. The Plan was approved, but South Africa delayed, accusing the UN of bias. Waldheim assured South Africa that the UN would conduct completely impartial elections. Waldheim also appointed Martti Ahtisaari as UN Administrator, but Namibia

was not to become independent under his watch.

Suffering in Africa

In May 1973, Kurt Waldheim visited six sub-Saharan countries, where 24 million people were suffering from drought. He appointed Issoufou Djermakoye (the author's then boss) and Bradford Morse to coordinate the UN Sahelian Drought Relief effort. In his 1974 report on the world situation, he highlighted the food shortages. In December, Waldheim asked for international aid for the world's 32 poorest nations threatened by quadrupled oil prices and poor weather. In April 1975, fighting broke out between the Marxist PMLA and the pro-West Front for Liberation of Angola, which would last 20 years and cause millions to suffer. In July 1977, fighting erupted between Ethiopia and Somalia over the Ogaden region, which was also to last years. In 1979, the Tanzanians finally invaded Uganda and toppled Idi Amin (who had expelled the Asians and committed massive human rights violations). In Burundi, Hu-

tu extremists massacred Tutsis in 1972 in a cycle which was to repeat itself in Rwanda and Burundi. In 1972, Emperor Bokassa of the Central African Republic accused Waldheim of interference, when the Secretary-General criticized the beating and execution of thieves; but in 1979, Bokassa was overthrown. Haile Selassie was disempowered in 1974, after the devastating drought in Ethiopia.

Iran

The overthrow of the Shah in Iran put Waldheim's life in real danger. In 1979, Waldheim, on his own initiative, requested a Security Council meeting on Iran. He obtained a Security Council delay on sanctions to allow for private negotiations. President Carter asked Waldheim to go to Iran to seek the release of the US hostages. The Security Council approved his mission, but Waldheim was accosted by hostile demonstrators, hectorred by government spokesmen and Khomeini refused to see him. Waldheim told the Security Council that he made no progress, but

twice requested the Security Council to delay voting on an economic embargo. Unhappily, the hostages had to wait 444 days to be released. Waldheim, however, was successful in obtaining the release of eight French nationals held in the Western Sahara by Polisario. Later, as Austrian Federal President, he was also successful in convincing Saddam Hussein to release the Austrian hostages taken by Iraq in 1990.

Other Events

Other crises occurred during the Seventies, which Waldheim attempted to influence, but without success: the Soviet Invasion of Afghanistan, the Indonesian occupation of East Timor, the Iran-Iraq war, the overthrow of Allende in Chile, the Sandista takeover in Nicaragua, and the civil war in El Salvador. It should also be recalled that this was the time of the Brezhnev-Nixon summit, SALT I, the Helsinki Conference, the creation of the OSCE, the admission of the two Germanys to the UN, the Solidarity Movement in Poland (and crackdown), the joint Apollo-Soyuz mis-



sion, the creation of the International Institute for Applied Systems Analysis (IIASA) in Austria to facilitate East-West joint scientific research, the Soweto uprising, the anti-Apartheid movement, election of Jimmy Carter and appointment of Andrew Young to the United Nations, which dramatically changed the US attitude to the UN. Waldheim was given the honors of a Head of State at the White House, and Voyager I and II carried Waldheim's recorded greetings from Earth to possible extraterrestrial life beyond our galaxy.

Historic UN Conferences

The Waldheim era at the UN should also be remembered for the major United Nations conferences that kick-started discussion on many important issues. The Stockholm Conference on the Human Environment approved a permanent UN organization (UNEP) to deal with the environment and led directly to political ecological consciousness and today's concerns over the atmosphere and global warming. In 1973, Waldheim opened

the Law of the Sea Conference, which eventually led to an agreement on the seabed. In 1974, the World Population conference was held in Cairo where all countries recognized the connection between population control and prosperity. In the same year, the General Assembly established the World Food Council (after the World Food Conference in Rome) and the World Intellectual Property Organization. The year 1975 was International Women's Year with the important conference on women's rights in Mexico. The UN Convention on Prohibition of Development, Production and Stockpiling of Bacteriological and Toxic Weapons came into force. The General Assembly held a Special Session on Development and International Cooperation and also adopted the Convention on the Protection of all Persons from Being Subject to Torture and Other Cruel, Inhuman, or Degrading Treatment or Punishment. In 1976, the UN Conference on Human Settlements took place in Vancouver and Habitat was born. The Anti-Pollution Convention to Protect the Mediterranean Sea and the UN Convention on Registration of Objects laun-

ched in space were both adopted. Waldheim announced the International Fund for Agricultural Development at the end of the year. In 1977, the UN Water Conference adopted the Plan of Action of Mar del Plata to ensure clean water for everyone. The year 1977 also saw the UN Conference on Desertification, the World Conference to Combat Racism and Racial Discrimination, as well as the Review Conference on the 1972 Treaty Prohibiting Emplacement of Nuclear and Other Weapons of Mass Destruction on the Seabed. The UN Conference on the International Code of Conduct on the Transfer of Technology was held in 1978. UNIDO was made a specialized agency the same year. 1979 was the Year of the Child with the Conference that led to the Convention on the Rights of the Child, as well as the opening of the Decade for Women and a Conference in Copenhagen. In 1981, a UN International Conference on Assistance to Refugees is organized, which also discussed internally displaced persons. In December 1981, the first International Day of Peace is agreed, which is a lasting legacy of the Waldheim period.



Development and Straight Talk

Waldheim himself made many straight forward, outspoken statements about the world situation. In 1972, in his report to the GA, though he lauded the improved relations between the superpowers, he was also critical of peacekeeping through a concert of the great powers (fast forward "Coalitions of the Willing"). In the same session, he issued a blunt condemnation of terrorism, arguing for cooperation among nations (in twenty-first century words). Waldheim commissioned a committee of specialists who reported on the shocking disparity between global arms spending, 200 billion USD as compared with 8 million USD in aid to poor countries. In 1975, the UN reported that annual weapons expenditures had passed \$US300 billion. Waldheim spoke in favor of the New International Economic Order at Conferences of Non-Aligned Countries and other forums. He wrote, "It is not right that 70 percent of the world's population, which produces a large proportion of the raw materials, should have to subsist on only 30 percent of the world's available income." He continued: "Nations that had subscribed to the UN Charter's pursuit of" "better standards of life in larger freedom should not stand passively by in the face of massive poverty, ill health, and

illiteracy." In his 1974 report, he highlighted inflation, food shortages, soaring population, and nuclear proliferation and said international cooperation was needed (France, China and India had just exploded nuclear devices). In May 1977, Waldheim addressed the UN Economic Commission for Latin America, raised the issue of the crushing debt burden confronting developing countries and argued for a stabilized commodities markets. In 1978, the Secretary-General appointed Ken Dadzie as the Director General for Economic Development to indicate the priority he attached to the coordination of UN efforts. Waldheim opened the Fifth Conference on Trade and Development in Manila in 1979, which called for a Common Fund to prevent commodity price fluctuations, but this was bluntly refused by the developed countries.

At the New Delhi UNIDO meeting he again endorsed the demands for a new economic order. To the end of his term, Waldheim remained active to broker a compromise in the North-South confrontation. In 1981, he was invited to take an active part in the North-South Economic Summit in Cancun, but Reagan was now US President and he did not allow a role for the United Nations. Reagan was the fourth US President during Waldheim's term of office.

Construction Projects-Lasting Legacies

Waldheim's other important legacies were his fiscal reforms (curbing staff salaries was not at all popular), restructuring the Secretariat and construction projects. In November 1976, Waldheim proposed a three-year program to expand UN facilities to accommodate 170 member countries. During the Waldheim years, 30 nations were admitted to the United Nations. In addition to the UNEP and Habitat Headquarters in Nairobi, a 500 million USD facility for the IAEA, UNIDO and the UN was opened in 1979 in Vienna. So successful was the Secretary-General in persuading member states about UN economic efficiency, that the General Assembly approved its first billion dollar budget in 1979.

From joining an organization in crisis in 1972, Waldheim left the United Nations with solid foundations on which to continue its work. He certainly would have been re-elected even for a third term if China would not have insisted that after two terms of a Secretary General coming from an industrialized country, a Secretary General should be elected being a national of a developing country.

<<



Important UN Events During Waldheim's Years

- Jan. 1972 Security Council meets in Addis (first time outside of HQ since 1952)
- Mar. 1972 Waldheim appoints first woman Assistant Secretary General (Sipila)
- Jun. 1972 Stockholm Conference on Environment
- Sept. 1972 Waldheim places issue of Terrorism on GA agenda
- Feb. 1973 12 nation conference on Vietnam chaired by Waldheim
- May 1973 Waldheim visits Sahel countries and issues an appeal
- Aug. 1973 Waldheim appeals for immediate assistance for Pakistan
- Sept. 1973 Waldheim addresses Non-Aligned Conference in Algiers
- Oct. 1973 UNEP opens offices in Nairobi
- Oct. 1973 Yom Kippur War; 7,000 peacekeepers for UNEF
- Nov. 1973 Waldheim opens Law of Sea Conference
- Dec. 1973 GA adopts Convention on Suppression of Apartheid and Convention to Punish Seizure of Protected Persons
- 1974 World Population Year
- Feb. 1974 UN updates 1949 Geneva Conventions
- May 1974 GA adopts Declaration on Establishment of a New International Economic Order and Program of Action.
- May 1974 Kissinger negotiates Golan Heights Disengagement, UNDOF created
- Jul. 1974 Turkey invade Cyprus, Waldheim saves Nicosia airport
- Aug. 1974 UN Population Conference
- Oct. 1974 Report on World Social Situation calls for new land ownership concept
- Nov. '74 Waldheim opens World Food Conference in Rome
- Dec. 74 GA establishes World Food Council and WIPO
- Dec. 74 Waldheim asks for increased aid for world's 32 poorest countries
- 1975 International Women's Year
- Jan. 1975 UN University opens in Toyko
- Mar. 1975 UN Convention on Prohibition of Bacteriological Weapons
- May 1975 Waldheim convenes Vienna talks between Greeks and Turks
- Jun. 1975 World Conference on Women in Mexico
- Jul. 1975 Waldheim pleads for 24 million USD

- for UNRWA to cover deficit
- Aug. 1975 Special GA Session -Problems of Development + Intern. Cooperation
- Oct. 1975 Waldheim in Spain, Morocco, Mauritania to seek W.Sahara solution
- Dec. 1975 GA condemns corrupt practices by transnational corporations
- Dec. 1975 adopts Declaration against Torture and Cruel Degrading Treatment
- Jan 1976 International Conference on Namibia
- Feb. 1976 Human Rights Committee condemns Chile's Human Rights record
- Feb. 1976 Anti Pollution Convention to Protect Mediterrean Sea
- Feb. 1976 Waldheim appeals for 50 million USD to assist victims of Lebanon conflict
- Mar. 1976 Waldheim, under 99, says Lebanon situation threatens peace
- May 1976 Waldheim wins 11th hour Syrian approval for UNDOF extension
- Jun. 1976 UN Conference on Human Settlements - Vancouver
- Aug. 1976 Non Aligned Conference, Colombo warns rich to yield wealth
- Sept. 1976 UN Convention on Objects Launched into Space
- Oct. 1976 Geneva Conference on Rhodesia
- Nov. 1976 Waldheim proposes rehabilitation/ expansion UN facilities
- Dec. 1976 Waldheim announces Intern Fund for Agric. Development (IFAD)
- Dec. 1976 GA recognizes SWAPO as "sole representative" for Namibia

Important Events during Waldheim's Second Term

- Feb. 1977 Waldheim gets Makarios and Denktash to resume talks, hailed as breakthrough
- Feb. 1977 Waldheim received as "Head of State" in President Carter White House
- Mar. 1977 UN Water Conference adopts Plan of Action, Mar del Plata
- May 1977 Waldheim addresses ECLAC - urges stabilized commodities markets
- Jun. 1977 Waldheim records greetings to extraterrestrials carried by Voyager I + II
- Jun. 1977 Geneva Convention updates rules of war for fighting colonial domination
- Jul. 1977 Prime Minister Begin asks Waldheim to intercede with Syria for Jewish families
- Aug. 1977 Lagos World Conference on Apartheid
- Sept. 1977 UN Conference on Desertification
- Dec. 1977 World Conference to Combat Ra-

- cism and Racial Discrimination
- Dec. 1977 Waldheim obtains release of 8 French held by Polisario.
- Mar. 1978 Waldheim names Ken Dadzie as DG for economic development
- Mar. 1978 Sec Council approves Waldheim 4.000 peacekeeper plan for Lebanon(UNIFIL)
- Aug. 1978 Waldheim asks UNSC to establish UN Transition Assistance Group (UNTAG) to help Namibia into independence
- Oct. 1978 UN Conference on Intern Code of Conduct on Transfer of Technology
- 1979 Year of the Child
- Jan. 1979 UN Decade for Women
- Jan. 1979 GA approves 1billion USD budget
- Apr. 1979 Waldheim offers "good offices" in Vietnam (China, Cambodia), between 2 Koreas
- May 1979 Waldheim opens 5th Conference on Trade and Development in Manila
- Jun. 1979 Waldheim calls for conference on Boat People
- Aug. 1979 Waldheim opens UN Office in Vienna
- Dec. 1979 Security Council asks Waldheim to use good offices to release US diplomats
- Jan. 1980 Waldheim, on own initiative, requests meeting of Security Council on Iran; Waldheim asks UNSC to delay sanctions 3x, to allow private negotiations
- Jan. 1980 failed mission to obtain release of hostages.
- Jan. 1980 Waldheim establishes UN Commission to investigate crimes of Shah
- Jan. 1980 at New Delhi UNIDO Meeting Waldheim endorses demands of New Econ. Order
- Jul. 1980 Waldheim opens Decade for Women Conference - Copenhagen
- Sept. 1980 Waldheim appoints Olof Palme as mediator for Iran-Iraq war
- Jan. 1981 UN Conference on Namibia
- Apr. 1981 UN International Conference on Assistance to Refugees
- Apr. 1981 Security Council condemns Israeli attacks on Iraqi nuclear reactor
- May 1981 Waldheim calls for UN Conference on Cambodia
- Sep. 1981 Waldheim proposes negotiations between Pakistan + Afganistan Soviet troops Appoints Perez de Cuellar as Special Representative
- Nov. 1981 GA urges foreign troops to leave Afghanistan
- Dec. 1981 International Day of Peace
- Dec. 1981 GA urges El Salvador to negotiate with rebels



Ralley Paris/Khartoum

Die Auseinandersetzungen in Darfur sorgen für eine der größten humanitären Katastrophen. Im Juni 2007 soll eine Internationale Darfur-Konferenz für Hoffnung sorgen. **Text** Irene B. Stöckl

Seit Beginn 2003 kämpfen afrikanische Milizen gegen die sudanesishe Regierung. Sie wollen mehr Mitbestimmung und nicht mehr marginalisiert sein. Der Konflikt eskaliert. Erst im April 2004 scheint ein Ende in Sicht zu sein, als die verfeindeten Parteien einen Friedensvertrag unter Vermittlung des tschadischen Präsidenten in N'djamena, der Hauptstadt des Tschad, unterzeichnen. Jedoch hält dieser Friede nicht. Im Gegenteil. Berichte von systematischen Massakern in der Region wurden von Menschenrechtsorganisationen an die Weltöffentlichkeit weiter gegeben. Drahtzieher sollen nomadische Stämme der Region sein. Diese Reitermilizen, die Dschandschawid, wurden von der sudanesischen Regierung rekrutiert. Bereits 2005 warnt Kofi Annan vor dem humanitären Desaster und dem Drama der ethnischen Säuberungen.

Diese Szenarien liegen nun teilweise mehr

als vier Jahre in der Vergangenheit. Heute hat sich die Situation in der Region nicht entspannt. Mittlerweile zählt Darfur zu den ständigen Krisenherden auf der Landkarte. Kein Tag vergeht ohne eine Horrormeldung. Die vielen Toten sind unzählbar. Das Flüchtlingsdrama eine Katastrophe. Macht die internationale Gemeinschaft den gleichen Fehler wie in Ruanda 1994? Nein, den gleichen nicht. Krisen in Afrika zu vergleichen, verleitet zu Stereotypisierung. Die Interessen der Weltgemeinschaft in Darfur sind nicht die selben wie in Ruanda. Zwei entscheidende Faktoren sind ausschlaggebend.

Erstens, der Sudan besitzt wertvolle Rohstoffe. Einer schmiert ganz besonders die Weltwirtschaft - Öl. Die derzeitige Lage zur Sicherung des schwarzen Goldes ist mehr als schwierig. Der Irak Krieg und die prekäre Situation im Iran verunsichern die Märkte und machen sie unberechenbar. Der Volksre-

publik China wird immer wieder vorgeworfen, dass sie trotz des Konflikts im Sudan investiert und mit der Regierung Geschäfte und Verträge zur weiteren Förderung des Rohstoffes abschließt. Vielleicht angesichts des Energiehungers der bevölkerungsreichsten Landes der Erde verständlich, aber nicht unbedingt entschuldbar.

Zweitens, die Zahl der Toten und Flüchtlinge bewegt sich in Höhen, die medientechnisch nicht vermittelt werden können. Es gibt nur sehr wenige, die sich Zahlen von fast 3 Millionen Flüchtlingen oder zwischen 200.000 und 400.000 Toten vorstellen können. Erst wenn man diese in Relation setzt, merkt man die unfassbaren Dimensionen. Letztendlich entspricht die Anzahl der Flüchtlinge der gesamten Einwohnerzahl Niederösterreichs, Salzburgs und Kärntens. Zusätzlich würden die Einwohner Tirols in einem



Flüchtlingslager außerhalb Österreichs leben. Beklagt man sämtliche Menschen des Burgenlands als Tote des Konflikts, hat man sich die enormen Zahlen annähernd visualisiert. Kann man dieses Drama noch banalisieren oder nichts tun?

Die Internationale Gemeinschaft reagiert oder auch nicht

Juni 2007. In Paris treffen sich die hohen Repräsentanten der Weltgemeinschaft zu einer Internationalen Darfur-Konferenz. Federführend dabei der neu gewählte französische Präsident Sarkozy. Die diesjährige Konferenz ist nicht die erste, sondern folgt einer langen Liste vorangegangener Veranstaltungen, die alle das Problem lösen sollten. Tatsächlich stellt sich die Situation in Darfur heute verheerender dar, als sie es jemals getan hat. Die angekündigte Hungerkatastrophe fordert bereits seine Opfer in der Region.

Sarkozy droht nun der sudanesischen Regierung durch die Entsendung von zusätzlichen Friedentruppen. Welch eine Drohung. China, ist auf Grund oben erwähnter Interessen, strikt gegen Sanktionen und Deutschland hilft zwar mit 20 Millionen EUR, aber will sich an der verstärkten Friedenstruppe nicht beteiligen.

Nach heftigem Widerstand der sudanesischen Regierung wurde schließlich einer gemeinsamen Truppe der Afrikanischen Union und den Vereinten Nationen im Mitte Juni 2007 zugestimmt.

Bereits im August 2006 beschloss der UNO Sicherheitsrat 20.000 Soldaten in den Sudan zu entsenden. Diese sollten, die bereits vor Ort stationierten Einheiten der Afrikanischen Union ersetzen. Voraussetzung dafür war allerdings die Zustimmung der sudanesischen Regierung. Die legte sich jedoch quer.

Die amerikanische Außenministerin Condoleezza Rice wirft indes der Weltgemeinschaft Versagen vor. Wer auch immer die Weltgemeinschaft sein soll. Oder zählen sich die Vereinigten Staaten nicht dazu? Die Ergebnisse der Internationalen Darfur Konferenz werden als mager bezeichnet und sie sollen nicht konkret sein. Der Weg zum Frieden in der Region wurde, wie sooft, durch die nationalstaatlichen Interessen der Parteien Schachmatt gesetzt. Wenn die Big Player nicht an einem Strang ziehen, rückt eine Lösung in weite Ferne. Da kann dann der UNO Sicherheitsrat auch nicht viel ändern.

Nichts desto Trotz veröffentlichte die UNO und die Afrikanische Union am 8. Juni 2007 einen Bericht zur "Joint AU-UN Road-map for Darfur Political Process". Dieser basiert auf dem Tripoli Consensus on the Political Process for Darfur, der am 29. April 2007 beschlossen wurde. Darin wird das Ende der

Gewalt gefordert, ohne die es keinen Weg zum Wiederaufbau gibt. Die zu Papier gebrachten Forderungen klingen denkbar einfach. Die erste Phase beinhaltet die stärkere Einbindung nationaler, regionaler und internationaler Akteure. Die engere Zusammenarbeit mit der regionale Initiative der Staaten Tschad, Eritrea und Libyen werden gefordert. Der August 2007 wurde als Verhandlungsphase auserkoren. Ein Jahr nach dem Beschluss der Entsendung von UNO Blauhelmen in die Region. Lösung: Die AU-UN Hybrid Peacekeeping Operation sichert den Frieden in der Region. 20 000 Soldaten und Polizisten in einem Gebiet von 250 000 km², dreimal so groß wie Österreich.

Konsequenzen

Wie immer soll also die Lösung eine diplomatische sein. Die Interessen aller müssen unter einen Hut gebracht werden. Auch wenn die sudanesisische Regierung bei der Konferenz in Paris abwesend war. Positiv zu beurteilen ist sicherlich die Anwesenheit Chinas. Dass Präsident Sarkozy ein Machtwort gesprochen hat, wird dem Friedensprojekt Darfur sicherlich gut tun. Aber auch die harten Worte der Vereinigten Staaten können das ihrige dazu beitragen. Letztendlich muss auch eine Ausbreitung des Konflikts auf die Nachbarstaaten verhindert werden.

Jedoch. Ohne Waffen kann nicht gekämpft werden. Der größte Ölabnehmer des Sudans, China ist auch sein größter Waffenlieferant. Denn was nützt es, wenn China am Verhandlungstisch sitzt und zur Friedensmission beiträgt, wenn auf der anderen Seite ein UNO-Blauhelm mit einer Waffe erschossen wird, die aus China stammt. Nichts. Ein Teufelskreis, der nun durchbrochen werden muss. Die 20.000 Soldaten und Polizisten sollen nun in den Sudan entsandt werden. Bis jetzt sind ja nur 7.000 Soldaten der Afrikanischen Union dort stationiert. Und die sind nicht adäquat ausgerüstet. Wie man die Re-

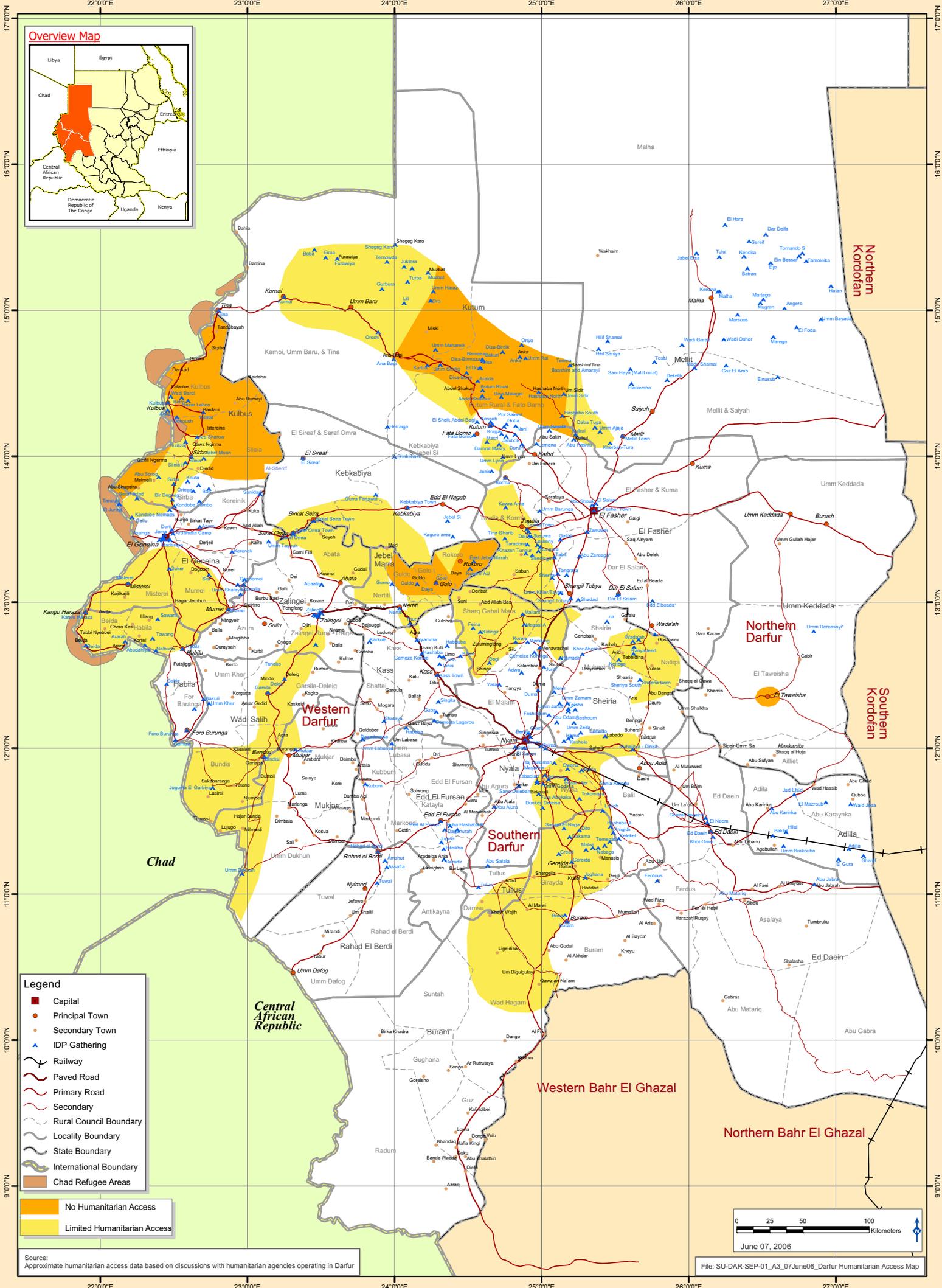
gion befriedet. Die Lösung werden die 20.000 Truppen auch nicht bieten können. Ohne die Krisenherde vergleichen zu wollen. Aber will man ein Land befrieden, benötigt man sicher mehr als 20.000. Diese Lektion haben Länder wie die Vereinigten Staaten bereits gelernt.

Die Europäische Union in Darfur

Währenddessen bereitet sich die Europäische Union vor, ihren militärischen Beitrag zur Lösung des Konflikts zu leisten. Erst kürzlich wurde eine Nordische EU-Kampftruppe, die sogenannte "Nordic Battle Group", aufgestellt. Diese ist offenbar für den Einsatz in Darfur vorgesehen. Die Truppe steht unter schwedischen Kommando und soll genau wie die UNO Friedenstruppe ab Anfang 2008 einsatzbereit sein.

Außerdem arbeitet die Europäische Union vermehrt mit der Afrikanischen Union zusammen. Ein Test für beide Organisationen. Dies vor allen Dingen auf den Ebenen der interorganisatorischen Koordination. Bisher basierte die Zusammenarbeit hauptsächlich auf technischer Ebene. Zur Zeit werden etwa zwei Drittel des Budgets der AMIS (AU Mission in Sudan) durch Mittel der EU's African Peace Facility bereitgestellt. Der finanzielle Aufwand beläuft sich auf ungefähr 250 Million EUR. <<

Darfur Humanitarian Access Map



- Legend**
- Capital
 - Principal Town
 - Secondary Town
 - ▲ IDP Gathering
 - Railway
 - Paved Road
 - Primary Road
 - Secondary
 - Rural Council Boundary
 - Locality Boundary
 - State Boundary
 - International Boundary
 - Chad Refugee Areas
- No Humanitarian Access
 Limited Humanitarian Access

0 25 50 100 Kilometers
June 07, 2006

File: SU-DAR-SEP-01_A3_07June06_Darfur Humanitarian Access Map

Weg zur Demokratie

2005 wurde Osttimor von der UNO in die Unabhängigkeit entlassen. Trotz vereinzelter Unruhen gibt es nach den Präsidentschaftswahlen Hoffnung für eine bessere Zukunft. **Text** Fabio Maurer

Während die Vereinigten Staaten mit ihren "state building" Versuchen in Afghanistan und Irak täglich blutige Rückschläge erleiden, gilt Osttimor seit jenen Tagen als erfolgreichstes Flaggship der "state building" Expertise der UNO.

Noch im April zeigt sich der vormalige Weltbank Präsident Paul Wolfowitz anlässlich eines Besuches beeindruckt von den wiederaufgebauten Schulen, dem hektischen Marktreiben sowie der funktionierenden Regierung. Er lobt den Frieden und die Stabilität der jüngsten Demokratie der Welt.

Nur Wochen später ziehen 600 entlassene Soldaten gemeinsam mit Horden frustrierter Jugendlicher plündernd und mordend durch die Straßen der Hauptstadt Dili. An die 150.000 Menschen befinden sich neuerlich auf der Flucht. Im Juni kehrt schließlich eine friedenserhaltende Mission der Vereinten

Nationen unter Führung Australiens nach Osttimor zurück.

Vieles richtig gemacht

Dabei scheint die Weltgemeinschaft unter Führung der Vereinten Nationen seit Beginn ihres Einsatzes 1999 in Osttimor vieles richtig gemacht, und damit die Lehren aus den jüngeren wenig erfolgreichen "state building" Projekten in Somalia und Haiti gelernt, zu haben. Die Ausgaben sowie die Zahl bereitgestellter Soldaten und Polizisten waren pro Kopf die höchsten in der Geschichte des "state buildings" der Vereinten Nationen.

Eine Verbesserung gegenüber sonstigen ambitionierten, aber oftmals unterfinanzierten Projekten der Vereinten Nationen. Das schnelle Eingreifen der internationalen UN-Friedenstruppen 1999 führte bereits rasch zur Wiederherstellung der Ordnung und ver-

hinderte so eine noch größere humanitäre Katastrophe. Politisch gelang es den Vereinten Nationen die Mächte in der Region, insbesondere Indonesien, einzubinden, was destabilisierende Einflüsse von außen á la Irak erst gar nicht aufkommen lies. Innerhalb der Bevölkerung wurden die Truppen der Vereinten Nationen als Befreier angesehen (was diese 1999 ja auch tatsächlich waren). Man stattete die internationalen Truppen (Militär, Polizei) mit hinreichenden Befugnissen aus. Es gelang schnell, die Bevölkerung zu entwaffnen.

Günstige Voraussetzungen

Auch waren die sonstigen Voraussetzungen günstig. Osttimor ist von der Größe und der Einwohnerzahl kleiner als die Steiermark. Es gibt in dem mehrheitlich katholischen Land (95%) keine religiösen Konflikte. Einzig ethnisch gibt es zwischen den Bewohnern des Westens (Kaladi) und jenen des Ostens (Firaku) der Insel Konfliktpotential, da der Osten dem Westen Sympathien zu Indonesien vorwirft.

Die Vereinten Nationen und die anderen beteiligten Organisationen haben zweifelsohne vieles erreicht. Man bedenke, dass 1999 beinahe alle Indonesier das Land verließen, darunter die Gesamtheit der von Jakarta eingesetzten Polizisten, Beamte, Richter. Zusätzlich zerstörten 1999 die indonesischen Milizen 70% der ökonomischen Infrastruktur des Landes. Das Gesundheitswesen war praktisch nicht mehr existent. Verfassung, Gesetze oder Verordnungen gab es keine. Dazu kam die Situation der Binnenflüchtlinge. Dies alles hat man bewältigt.



UN Photo/Martine Perret

Was man (noch) nicht verbessern konnte ist die wirtschaftliche Situation. Osttimor ist das ärmste Land Asiens. Die Lebenserwartung liegt bei 43,3 Jahren, die Analphabetenrate bei über 60%, die Arbeitslosenquote in der Hauptstadt Dili bei 70%.

Soziale Wogen glätten

Die internationale Staatengemeinschaft kann zwar Schulen aufbauen, nicht jedoch die Analphabetenrate über Nacht um die Hälfte senken oder Tausende von Jobs schaffen. In Anbetracht dieser Tatsachen scheint der letzte Gewaltausbruch eher Ausdruck allgemeiner sozialer Verzweiflung, denn die Folge eines schwelenden Ost-West Konflikts. Im konkreten Fall dürfte zusätzlich der noch unerfahrene Sicherheitsapparat keine große Abschreckung für die Gewalttäter gewesen sein.

Vielleicht hat man das Land auch zu früh seinem Schicksal überlassen. Vermutlich hätte

man warten müssen bis die Bevölkerung Osttimors die Reformen auch in für sie messbaren Erfolgen, etwa einer Verbesserung der primären Lebensbedürfnisse, spürt.

Immerhin waren die Präsidentschaftswahlen im Mai 2007 ein Schritt in die richtige Richtung. Der friedliche und demokratische Verlauf wurde von internationalen Beobachtern gelobt. Die demokratischen Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum und relativen Wohlstand sind geschaffen. Dennoch wird man Zeit benötigen. Viel wird auch davon abhängen, ob es gelingt, den Gewinn aus dem riesigen Erdöl und Erdgasvorkommen vor der Küste Timors (der noch bis 2006 zwischen Australien und Indonesien aufgeteilt wurde) gewinnbringend in die Infrastruktur des Landes zu investieren. Zusammenfassend kann man sagen, dass die Situation in Osttimor keineswegs hoffnungslos ist. <<

In Brief:

Osttimor wird im 16. Jahrhundert von Portugal besetzt. Trotz zahlreicher Aufstände (und einer japanischen Okkupation im Zweiten Weltkrieg) bleibt Osttimor bis 1974 portugiesisch. Schon 1975 wird es von Indonesien völkerrechtswidrig annektiert. Unter Vermittlung der UNO kommt es 1999 zu einem Referendum, in dem sich die Mehrheit für eine Abspaltung von Indonesien entscheidet. Vom indonesischen Militär gesteuerte Milizen überziehen daraufhin Osttimor mit einer Welle der Gewalt. Gut zwei Drittel der knappen Million Einwohner Osttimors fliehen ins Landesinnere oder nach Westtimor. Der UNO Sicherheitsrat beschließt darauf die Entsendung einer Friedenstruppe und die Einsetzung einer Übergangsregierung bis zur Unabhängigkeit am 20. Mai 2002. Im Frühjahr 2005 verlassen die Vereinten Nationen Osttimor.



The Dark Side of Paradise

Crime is "undermining growth, threatening human welfare and impeding social development", a UNODC/World Bank Report says.

Text Preeti Bannerjee

Ask people to reel off a few words

they associate with the Caribbean and they will probably conjure up picture-postcard images. Usually absent from their holiday memories will be encounters with drugs, crime and violence. But all is not well.

At a rate of 30 murders per 100,000 people annually, the islands top the international league table of crime hotspots. According to a recent report by the World Bank and the United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC), murder rates are higher in the Caribbean than in any other region of the world and assault rates are significantly above the world average.

The May 2007 Report Crime, Violence and Development: Trends, Costs and Policy Options in the Caribbean blames drug trafficking for skyrocketing crime and gun proliferation. Caught between the world's source of cocaine (South America) and its largest markets

(North America and Europe), the islands are a convenient trans-shipment point for drugs, the massive profits of which dwarf the legitimate economies its transit nations. Drug trafficking also diverts criminal justice resources from other important priorities and weakens the effectiveness of law enforcement.

The fact that the islands are a conduit for cocaine trafficking rather than a market places the burden squarely on rich countries to curb their demand. A 2006 Europol report showed that an estimated 250 tons of cocaine enter the European Union annually by sea or air. Recreational drug abuse has increased to unprecedented levels - some 10 million Europeans have tried cocaine at least once. Their newfound appetite is driving drug traffickers to exploit the Caribbean, with its large unmonitored coastlines and often weak criminal justice systems. Meanwhile, the euro's

advance against the dollar has provided an added incentive for traffickers to profit from a European market where a kilo of cocaine sells for about \$50,000, compared to \$30,000 in the US.

"The Report clearly shows that high rates of crime and violence in the Caribbean are development issues", says Caroline Anstey, World Bank Director for the Caribbean. "Donors and OECD countries need to work together with the Caribbean nations to reduce levels of crime."

Crime harms business

Crime harms business. Without action, the Report says, access to financing will decline, as will worker productivity while spending on security will increasingly become a burden. Kidnapping and corruption are on the rise, particularly in Haiti and in Trinidad and Tobago.

All this spells bad news for tourism, a mainstay of the economy and an industry dependent on positive consumer perceptions. Jamaica has already been feeling the pinch of declining tourist numbers. Estimates suggest that if Jamaica and Haiti were to reduce their rates of homicide to the level of Costa Rica, a country considered as fairly stable, both countries would see a 5.4 per cent increase in annual growth. In fact, reducing the homicide rate in the Caribbean by one third could more than double the regional economic growth.

Across the Caribbean, youngsters are "disproportionately represented" in the ranks of both victims and perpetrators of homicide, the Report said. Youth homicide rates in several countries of the region are "significantly above the world average".

The spread of guns is a nasty outgrowth of the drug trade. Policy-makers should focus

on limiting the availability of weapons and providing young people with work alternatives.

Solutions needed

The World Bank and UNODC warn leaders against relying too heavily on tough crime-prevention measures. Several countries are investing in a public health approach that tackles the root causes of violence. Moves such as after-school clubs, mentoring and measures to keep high-risk young adults in school longer could all help curb the problem, the Report added.

In the Dominican Republic, for example, citizen security approaches combined with modern policing methods are showing promise. "Although there is no one 'ideal' approach for crime and violence prevention, interventions such as slum-upgrading projects, youth de-

velopment initiatives and criminal justice system reform can contribute to reducing crime and violence," says Francis Maertens, Director of UNODC's Division for Policy Analysis and Public Affairs.

Nevertheless, many problems such as organized crime and drugs and firearms trafficking defy prevention initiatives. Instead, the efficiency of the criminal justice system should be improved by enhancing the way information is shared, tracking the performance of justice, monitoring of reform and increasing accountability to the public, the Report said.

Ultimately, many issues facing Caribbean nations are not of their making. Europe and the US are greedy for drugs; deported criminals are sent home from the US, the UK and Canada; and many trafficked weapons come from the US. "Some of the factors that make the Caribbean most vulnerable to crime and violence, mainly the drug trade and trafficking of weapons, require a response that transcends national and even regional boundaries," Anstey says. Since the islands have limited resources to fight the drug trade, destination countries should provide significant assistance to bolster law enforcement.

"Crime and violence are not immutable," concludes the Report. "While the Caribbean faces serious challenges in the areas of drugs, guns and youth violence, informed policies can make a significant difference." Decision-makers should do their utmost to turn back the noxious tide of drugs washing up on Caribbean shores and prevent its drift towards Europe. After all, saving paradise is a matter of self-interest.



Globalisierung gestalten

Die Tagung der größten acht Industrienationen soll die Weichen für Wachstum und Verantwortung in der Weltwirtschaft stellen. **Text** Klaudia Feurle

Anfang Juni 2007 diskutierten die Chefs der größten Industrienationen der Welt während 3 Tagen zahlreiche globale, wirtschaftliche Themen. Über 100 Millionen Euro betrug die Gipfel-Gesamtkosten, unter anderem um für die Sicherheit der Staats- und Regierungschefs im luxuriösen Ostsee-Resort Heiligendamm zu sorgen. Über 80.000 Demonstranten und Gipfelgegner brachten ihren Unmut leider nicht nur friedlich zum Ausdruck. Warum wurde der G8-Gipfel zum medialen Großereignis? Wird zuviel in den Gipfel hineininterpretiert? Sind die Gegensätze wirklich so groß? Beginnen wir einmal ganz von vorne: Was stellt das alljährliche Treffen genau dar? Und wie kam es überhaupt zustande?

Once upon a time...

Die Geburtsstunde des so genannten informellen Weltwirtschaftsgipfels war 1975 in Rambouillet in Frankreich. Damals stellte das Treffen der heute 8 bedeutendsten Weltenlenker eine gemütliche Kaminrunde dar, in zwischen wurde es allerdings zum Großereignis schlechthin. Im ersten informellen Arbeitsgremium versuchten die zuerst nur 6 stärksten Industrienationen zusammen Auswege aus dem weltweiten konjunkturellen Abschwung in den 1970-er Jahren zu finden. Während zu Beginn der 1970-er Jahre noch Finanz- und Währungsfragen die Agenda dominierten, wurden bald außenpolitische und wirtschaftliche Themen immer wichtiger, während es heute von einer Vielfalt von globalen Fragestellungen dominiert wird.

Die Treffen bieten die Möglichkeit im persönlichen Gespräch nicht nur multilateral und formell sondern auch bilateral und informell Standpunkte auszutauschen, welche dann meistens Ausgangspunkt der gemeinsamen

G8-Initiativen sind. Der G8-Gipfel hat nicht immer direkte Handlungsfolgen, sondern ist mehr als ein Austausch-Forum und Finden von gemeinsamen Standpunkten und Meinungen zu verstehen. Dem Gipfel selbst gehen zudem zahlreiche Ministertreffen voraus, in denen versucht wird, eine Konsens-Linie zu den aktuellen Themen herauszuarbeiten.

Deutschland als G8-Präsident

"Wachstum und Verantwortung" - das Leitmotiv des diesjährigen Gipfels sollte die Richtung der deutschen G8-Präsidentschaft 2007 beschreiben. Die Ausgestaltung der globalisierten Weltwirtschaft mittels verlässlichen und tragfähigen Rahmenbedingungen und die Entwicklung Afrikas sollten im Mittelpunkt des diesjährigen Gipfels stehen. Auch Globalisierungskritiker würden ihre Themenschwerpunkte nicht viel anders formulieren.

Traditionell liegen die Organisation sowie die Agenda-Gestaltung des jährlichen G8-Gipfels in den Händen der jeweiligen Präsidentschaft, welche seit Übernahme des Vorsitzes am 1. Januar 2007 Deutschland innehat. Bundeskanzlerin Angela Merkel legte vor allem Wert darauf, dass weitere Fortschritte in den Bereichen Afrika, Armutsbekämpfung, Stabilität der internationalen Finanzmärkte und einer sozialen Gestaltung von Globalisierung erzielt werden. Zudem wollte die deutsche Bundesregierung ihre neue außenpolitische Priorität "Klimasicherheit" auf dem Gipfeltreffen in Heiligendamm weiter umwerben.

Das erste Mal waren auch afrikanische Staatschefs zur Teilnahme eingeladen. Allerdings gab es nicht nur geladene Gäste.

Kritik muss sein - aber nicht radikal!

Über 1000 Verletzte und mehr als 130 inhaftierte sind das traurige Ergebnis des ersten Protesttages. Die Gewalttätigkeit einiger stellte leider zu Beginn die große Masse der insgesamt über 80 000 friedlichen Demonstranten, Gipfel- und Globalisierungsgegner in Mecklenburg-Vorpommern in den Schatten. Für die meist linken Gruppen war der G8-Gipfel das größte diesjährige Ereignis, für das schon über 2 Jahre im Voraus zu planen begonnen wurde.

"No justice, no peace, fight the police" - Sprüche dieser Art wurden unter anderen während des G8-Gipfels von zahlreichen Demonstranten in Sprechchören gesungen und auf bunt bemalten Plakaten durch die Straßen getragen. Für Protest sorgte vor allem, dass beim G8-Gipfel die reichsten Länder der Erde Entscheidungen fällen, die auch die ärmsten betreffen. Globalisierungskritiker bestreiten die Legitimation eines Gipfels, von dem sie zugleich Weltrettungstaten erwarten. Sie wenden sich gegen eine Globalisierung von der sie selber auch profitieren. Aus der Weltsicht der jugendlichen Demonstranten kann es aber auf jeden Fall nicht falsch sein, ein bisschen zu protestieren, zu

Photo: <http://www.g-8.de>





randalieren und den Straßenverkehr aufzuhalten. Denn Probleme gibt es ohne Zweifel viele und die Welt muss verändert werden. Oft hat man aber den Eindruck, dass es den jungen Kritikern nur um die Demonstration an sich geht anstatt ernsthafte inhaltliche Anliegen zu vermitteln. Andererseits ist die Straße auch ein schlechter Ort, um Inhalte zu vermitteln. Und geht es in den Gipfeldiskussionen der Staatschefs selbst um mehr Inhalte? Wie viele Entscheidungen fallen auf dem Gipfel wirklich?

Es wird viel geredet und hinterher passiert nichts?

Was sind die Resultate und Outputs nach 3 Tagen Diskussion, Dialog und Meinungsaustausch auf dem G8-Gipfel?

Ein "Klimaschutzkompromiss" wurde vereinbart. Anstatt verbindliche Abkommen im Klimaschutz zu erreichen, einigten sich die G8-Staaten vor allem aufgrund der USA und China auf ein gemeinsames Vorgehen unter dem Dach der UN. Bis 2050 soll der Treibhausgas-Ausstoß um 50 % (der Emissionen von 1990) reduziert werden.

Obwohl in Afrika niemand mit konkreten Hilfsangeboten beim G8-Gipfel rechnete, werden nun in den kommenden Jahren 60

Milliarden Dollar für den Kampf gegen Aids, Malaria und Tuberkulose in Afrika bereitgestellt. Zudem sollen die finanziellen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit für Afrika bis 2010 jährlich um 25 Milliarden USD steigen.

Übrigens wurde auch der "Heiligendamm-Prozess" initiiert. Dabei wollen die acht Industrieländer die Zusammenarbeit mit den 5 großen Schwellenländern (China, Indien, Mexiko, Brasilien und Südafrika) in einen ständigen Dialog überführen. Weiters soll der Handel zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern erleichtert werden, wofür die G8 sich in der bevorstehenden Welthandelsrunde in Doha einsetzen wollen.

Ergebnisse sind sichtbar, wenn auch oft nur ausgedrückt in Vorsätzen und gemeinsamen Zielen.

G8-Meeting als Lösung für Weltprobleme?

Der diesjährige G8-Gipfel wurde zum Magnet für Globalisierungsgegner - friedliche wie gewalttätige. Demos und Kritik sind nicht nur erlaubt sondern im Kern sogar auch gewünscht um auf Probleme aufmerksam zu machen. Allerdings nicht gewalttätig. Die fortschreitende Globalisierung bringt laufend Veränderungen mit sich, denen entspre-

chend begegnet werden muss. Die momentanen, zunehmend globalen Probleme sind zum Teil zu groß um sie zu ignorieren. Klimawandel etwa ist ein wahrhaft globales Thema, bei dem alle betroffen sind und welches auch fast nur mit allen zusammen zu lösen ist. Verbindliche Resultate des Gipfels zu einer Vielzahl von Themen sind Mangelware. Allerdings stellt der G8-Gipfel auch eher ein Austausch-Forum als eine Weltregierung dar, weshalb die Ergebnisse relativiert werden müssen.

Eines ist klar, die stärksten Wirtschaftsnationen der Welt werden immer eine Hand am Steuer haben, wenn es um Entscheidungen zu globalen, wirtschaftlichen Themen geht, ob mit oder ohne G8-Club. Fakt ist, dass beim G8-Gipfel 7 Personen, die von 13 % der Weltbevölkerung gewählt wurden, sich um die Probleme der Welt kümmern wollen.

Und um die Herausforderungen der Menschheit global angehen zu können, sind multilaterale Abkommen und die Bereitschaft zu gemeinsamen Dialog unumgänglich, ebenso wie Länder die auch die Stärke und das Potential haben diese Probleme zu lösen. <<



Kapital für Afrika

Chinesische Investitionen, Kredite, Infrastrukturaufbau und Schuldenerlass in Afrika sorgen für Aufruhr - Gibt es dadurch neben chinesischer Rohstoffsicherung auch eine Chance auf afrikanische Entwicklung? **Text** Klaudia Feurle

Um das enorme chinesische Wirtschaftswachstum aufrecht zu erhalten benötigt das rote Reich der Mitte enorme Mengen an Rohstoffen. Schon heute ist China der zweitgrößte Erdölkonsument hinter den USA. Vor kurzem begann China mit Investitionen und Krediten zahlreiche Minen, Kraftwerke, Eisenbahnverbindungen und Textilfabriken in ganz Afrika zu finanzieren. Dieser Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen wird auch politisch abgestützt. Dabei geht es der kommunistischen Wirtschaftsmacht nicht um Werte sondern um Business. Die Beachtung von Menschenrechten, Umweltstandards oder der Geschäftsabschluss mit skrupellosen Diktatoren spielen dabei keine Rolle. Trotz allem sind Chinas Beziehungen zu Afrika bzw. umgekehrt nicht ganz einfach zu analysieren, denn obwohl China eindeutig davon profitiert ist auch Afrika nicht desinteressiert.

Chinesische Charmeoffensive für Afrika

Herzlich empfing Präsident Hu Jintao auf dem "Afrika-Gipfel" in Peking im November 2006 über 35 afrikanische Staatschefs. China will seine Afrika-Hilfe bis 2010 verdoppeln. Als Beiträge der chinesischen Unterstützung für die afrikanischen Staaten nannte Hu günstige Darlehen über drei Milliarden Dollar, Exportkredite über zwei Milliarden Dollar, einen Fonds für chinesische Investitionen in Afrika und einen

Schuldenerlass für die ärmsten Staaten. Außerdem soll die Zahl der Güter, die zollfrei nach China eingeführt werden können, erhöht werden. Weiters möchte China Schulen und Krankenhäuser bauen und auch Fachkräfte und Freiwillige nach Afrika schicken, sowie mindestens 15.000 Afrikaner ausbilden. Philantropie und Altruismus sind allerdings nicht die Gründe für die chinesischen Hilfeleistungen und Aktivitäten sondern eher Zugang zu Rohstoffen und neuen Absatzmärkten sowie billigen Arbeitskräften und Profit.

Öl, das die Wirtschaft schmiert

Besonders die Abhängigkeit von Ölimporten hat sich die letzten Jahre in China dramatisch verschärft. Bis 2030 muss China laut der Internationalen Energiebehörde rund 80 % des Rohölbedarfs durch Importe decken. Hauptlieferanten sind schon heute die Länder des Nahen und Mittleren Ostens, Nordafrika und Saudi-Arabien. Um seine schwache Position auf dem umkämpften Ölmarkt zu kompensieren bzw. auszubauen zapft nun China auch riskantere und marginalere Ölquellen in Afrika an. Es gibt bereits für Öl und andere Rohstoffe Handels- und Investitionsabkommen mit Sudan, Angola, Nigeria und Ägypten.

Sudan - Energielieferant Nummer 1

Vor allem der Sudan hat sich in den letzten Jahren zum wichtigsten Standort der chinesischen Energieversorger entwickelt. 2004 gin-

gen 64 Prozent der sudanesischen Öllieferungen nach China, das heute zugleich Sudans wichtigster Ölpartner ist. Der schon lange schwelende Darfur-Konflikt und die bisher sehr nachsichtige Haltung der "internationalen Gemeinschaft" hängen eng mit Chinas Blockadehaltung im Sicherheitsrat zusammen. Als Gegenleistung für diese diplomatische Rückendeckung leistete Khartoum eine Bestandsgarantie für die chinesischen Ölkonzessionen.

Beiderseitige Interessen verstärken die Beziehungen

Afrika, das lange genug vom Westen missbraucht und ausgebeutet und in der Folge weitestgehend ignoriert wurde, sowie an fragwürdigen/zwiespältigen Abkommen mit Weltbank und IWF zu leiden hatte, heißt die neuen Aktionen aus dem östlichen Reich sehr willkommen. 2006 hat China allein Nigeria, Mosambik und Angola fast 7 Milliarden Euro geliehen. Dies ist fast viermal soviel wie die Weltbank dem ganzen Kontinent zur Verfügung stellte. Chinesische Märkte öffnen sich für afrikanische Produkte, die auf dem restlichen Weltmarkt noch mit etlichen Problemen konfrontiert sind. China gewährt beim Handel Zollerleichterungen. Vor allem Infrastrukturaufbau und Investitionen in Bildung dienen der langfristigen Entwicklung Afrikas. Um einen stabilen Zugang zu Ressourcen in Afrika zu erreichen, strebt

China vor allem langfristige Lieferverträge für Erdöl und Erdgas an und forciert den Einstieg chinesischer Energieunternehmen. Außerdem verfügen afrikanische Konsumenten nun aufgrund der chinesischen Billigprodukte, die der schwarze Kontinent nun günstig importieren kann, über mehr Kaufkraft als je zuvor. Beim Industriebau und Minenabbau importiert China aber auch eigene chinesische Arbeiter. Das Beschäftigungsniveau der Afrikaner wird dabei also nicht immer erhöht, im Gegenteil. Afrikanische Arbeiter haben so nicht einmal die Chance durch mehr Arbeit zu etwas Wohlstand zu kommen. China forciert zudem die Einfuhr von chinesischen Billig-Produkten in Afrika. Produkte, die in China verarbeitet, durch chinesische Arbeitskräfte erstellt und zum Teil mit afrikanischen Rohstoffen hergestellt wurden, konkurrieren also mit den wenigen funktionierenden afrikanischen Märkten. Diese Kontroverse scheint mehr als anmaßend. Entwicklung scheint auf diese Weise von vornherein schwer zu sein. Für Afrika besteht so eher die Gefahr der "Rohstofffalle". Mit chinesischen Importen dieser Art wird sich die Produktion in afrikanischen Ländern nur sehr marginal diversifizieren und vor allem auf relativ niedrigem Technologieniveau bleiben.

Effizient und ohne Skrupel

Bei seinem Industriebau und den bilateralen Handelsgeschäften schert sich China relativ wenig oder gar nicht um Armut, Umweltstandards oder Aids. Bei der Kreditvergabe wird ebenso wenig "good governance" oder demokratisches Regieren als Bedingung gestellt. Mit jedem, auch etwa mit Diktatoren, die Menschenrechte verachten, werden Geschäfte in Millionenhöhe geschlossen. Allerdings darf nicht vergessen werden, dass auch der westliche Imperialismus Afrika Jahrhunderte lang auf brutale Art und Weise und oft ohne jede Rücksicht auf Menschenrechte ausgebeutet hat. Trotzdem gibt es inzwischen vereinzelte afrikanische

Stimmen, die sich lieber wieder die europäischen Kolonialmächte zurückwünschen anstatt die brutal vorgehenden und ausbeuterischen Chinesen im Land zu haben.

Komplexe Beziehung

Die China-Afrika-Beziehungen und deren wirtschaftlichen Interdependenzen sind nicht so eindeutig wie sie im ersten Moment scheinen. Ohne Zweifel verfolgt China eine geostrategische Politik in der klare Prioritäten das Wirtschaftswachstum und seine internationale Positionierung darstellen. China benötigt die afrikanischen Rohstoffe ebenso wie den afrikanischen Absatzmarkt für seine Produkte. Genau deshalb bleibt der Deal mit Afrika entsprechend ehrlich: Wer den anderen braucht, behandelt ihn auch dementsprechend. Aber Infrastrukturaufbau und Kredite ohne Konditionenpakete die Menschenrechte, Demokratisierung und Korruptionsbekämpfung fordern, wie dies der IWF und Weltbank lange taten, können trotzdem eine Chance für Afrika bedeuten.

Und, wo kommt Europa ins Spiel?

Damit Afrika wirklich geholfen wäre, bräuchte es vor allem eine Entwicklung der industriellen Basis und nicht der weiteren Roh-

stoffförderung. Rohstoffexporte müssten genügend Erlöse erwirtschaften um einen anhaltenden Entwicklungs- und Industrialisierungsprozess zu finanzieren. Zudem hängt die Entwicklung des schwarzen Kontinents stark von verlässlichen Institutionen und von "Empowerment" durch "Human Capital" ab. Die chinesischen Investitionen und Beziehungen können dies nur in geringer Weise bringen. China ist dabei sich in die globale Ökonomie zu integrieren und wird in Zukunft durch seine Einbindung wohl auch globale Verantwortung übernehmen müssen. Wie sich Europa und die USA mit der neuen Regionalmacht arrangieren, ist eine wichtige Frage für die Zukunft und im Moment noch offen. Die China-Afrika-Initiative, die im Moment große Wellen schlägt könnte in Bezug auf Entwicklungshilfe und Diplomatie einen Weckruf an Europa darstellen. Denn erstens hat sich Europa bis jetzt wenig um die wirkliche, nachhaltige Entwicklung Afrikas bemüht und zweitens könnte auch die Europäische Union als Vorbild in der Beachtung von Menschenrechten und als souveräne, multilateral agierende Gegenmacht versuchen China "auf die internationale Linie zu bringen". Schlussendlich wäre ein industriell wachsendes Afrika als Wirtschaftspartner nicht nur für China ein weitaus attraktiverer Partner als ein Armutskontinent. <<



Und verkauft

Die aus mehr als 120 Cafes in 40 Ländern sowie 4 Hotels, zwei Casinos und zwei Konzerthallen bestehende Hardrockcafekette wechselte im Dezember des vergangenen Jahres den Besitzer.

Text Christian Schusterschitz

Das neue Eigentum der geschäftstüchtigen Indianer des Seminolenstammes verfügt bereits über eine mehr als 30-jährige Geschichte. Das erste Hardrockcafe wurde am 14. Juni 1971 von Isaac Tigrett und Peter Morton in der Nähe des Hyde Parks in London eröffnet und hatte alsbald einen prominenten Stammgast. Ein gewisser Eric Clapton war dort häufig anzutreffen.

Hardrock und seine berühmten Gäste

Um sich seinen Lieblingsplatz zu sichern, ließ der britische Meistergitarrist eine seiner vielen Gitarren an eine Wand des Lokals hängen. Diesem Beispiel folgten im Laufe der Zeit immer mehr seiner Kollegen und so vergrößerte sich die Sammlung der aus promi-

nentem Besitz stammenden Musikinstrumenten stetig. Diese Exponate, bei denen es sich auch um signierte Schallplatten, Bühnenkostümen und Ähnlichem handelt, wurden zu einem wesentlichen Kennzeichen der Cafes. 1978 wurde das zweite Hardrockcafe in Toronto eröffnet, in den achtziger Jahren erfolgte dann schrittweise die weltweite Expansion. Das erste Hardrockcafe auf US-amerikanischem Boden wurde in Jackson, Tennessee eröffnet, kurze Zeit später konnte man sich in Los Angeles, San Francisco, Chicago, Houston, Dallas und New York City bei flotten Rock'n'roll Rhythmen einen Drink genehmigen und dabei wertvolle Exponate aus der Welt der populären Musik bestaunen. Die Hardrockcafes schossen nun allorts wie die Pilze aus dem Boden.

Cafés, Hotels & more

1995 begann die Kette auch in andere Bereiche zu expandieren und hob das Hard Rock Hotel & Casino in Las Vegas aus der Taufe. Die Besitzer investierten 80 Millionen Dollar in das Hotel. Es erfreute sich derart großer Beliebtheit, dass im Jahr 1999 weitere 100 Millionen Dollar aufgeboden wurden um den Komplex zu vergrößern. Aufgrund des großen Erfolges wurden auch andere Städte mit Hard Rock Hotels und Casinos beglückt, so beispielsweise auch London und Madrid. Letzteres musste allerdings aufgrund des Missmanagements der spanischen Partner wieder ausrangiert werden. Um die Hotels und Casinos in Florida betreiben zu können wurde mit dem Seminole-Indianerstamm ein



etwas ungewöhnlicher Geschäftspartner gewonnen.

Die Seminolen als Retter

Die Seminolen hatten im 19. Jahrhundert drei blutige Kriege gegen die USA geführt und erst 1931 waren sie bereit, mit der US-Regierung einen Friedensvertrag zu unterzeichnen. Sie sehen sich selbst als das einzige Indianervolk Nordamerikas, das von den weißen Eroberern nie zur Gänze besiegt werden konnte. Seine Geschäftstüchtigkeit stellte der Indianerstamm bereits 1979 mit der Eröffnung einer Bingo-Halle unter Beweis. Er war damit der erste Stamm, der Glücksspiele als Einnahmequelle auf seinem Territorium begründete. Zahlreiche andere

Indianerstämme nahmen sich die Seminolen zum Vorbild und gründeten ebenfalls Casinos auf ihren Territorien. Diese Casinos sind im übrigen nicht den Steuer- und Glücksspielgesetzen der einzelnen Bundesstaaten unterworfen. Mittlerweile ist das Glücksspiel zum wichtigsten Wirtschaftszweig der meisten Indianerstämme avanciert.

Und nun der Coup

Der wohl größte Coup gelang den Seminolen als sie im Dezember 2006 die Hardrock-Cafe-Kette übernehmen konnten. Nicht weniger als 965 Millionen Dollar (rund 727 Millionen Euro) ließen es sich die wackeren Indianer kosten, um in den Besitz der Kult-Gastronomie zu gelangen. Nicht betroffen

von dem Deal sind das Hardrock-Casino in London, das in den Händen der ursprünglichen Besitzer bleibt und einen neuen Namen erhält sowie das Hardrock Hotel und Casino in Las Vegas, das bereits im Mai 2006 in den Besitz der Morgans Hotel Group gegangen war. Neben den Hardrockcafes verfügen die Seminolen auch über ein Hotel in Tampa, eine Indianerschule, ein Museum sowie mehrere Trafiken. Heute können sich die Mitglieder des wohlhabenden Indianerstammes über moderne Unterkünfte und einer bestens funktionierenden Gesundheitsvorsorge erfreuen. Über eine Million Dollar werden jedes Jahr in das Bildungssystem investiert. Dies umfasst neben der bereits erwähnten Schule auch ein Stipendensystem für College-Studenten. <<



Der neue Khomeini

Die iranische Gesellschaft ist zerrissen zwischen der Moderne und Tradition, zwischen dem Idealbild und der realen Situation.

Text Leila Salehi Ravesh

■ ■ **Wir sitzen alle im Kreis**, mit aufgerissenen Augen und offenem Mund. Unsere Gesichtsausdrücke sind eine Mischung aus Furcht, Sorge, Freude und Frage. Wir hocken vorm Fernseher und sind ganz Auge und Ohr.

Es ist eigentlich eine ganz gewöhnliche private Party. Wir, eine Gruppe von gleichaltrigen Jugendlichen, sitzen im Kreis, spielen aber keine Musik und bewegen uns auch nicht. Nein, wir schauen uns keine tolle ausländische Sendung an. Nein! Wir starren auf den Fernseherbildschirm, wo ein junger Mullah redet. Wir möchten wissen was er über unsere Zukunft erzählt.

Wir wollen sehen und hören wie der unzufriedene und zurückhaltende Mullah die herrschenden Tabus nichtig macht."

Das schreibt die junge iranische Journalistin "Leily Nikoo Nazar" in ihrem Weblog "Kolian kenare Atash" (Die Zigeuner neben dem Feuer: <http://blog.looliyan.com/>) über ein Fernseherview mit "Seyed Hasan Khomeini", dem 35-jährigen Enkel von "Ayatollah Kho-

meini", zum 18. Todestag des früheren iranischen Regierungsführers.

Jung und gutaussehend

Der junge, gutaussehende und locker aufgelegte Kleriker, der für seine scharfsinnige und kritische Einstellung berühmt ist, hält mehr oder weniger Abstand von der politischen Szene Irans. Stattdessen ist er hauptsächlich mit den Aktivitäten der "Institution zur Koordination und Publikation der Werke Imam Khomeini" beschäftigt.

Jene Institution, die das Monopol für die Publikation der Werke vom früheren iranischen Revolutionsführer besitzt und als einzige offizielle Institution die Aufgabe trägt, die Werke von Khomeini zu überwachen, um jegliche Fälschung zu vermeiden. Damit werden vor allem die Politiker daran gehindert, ihren Willen durch die Aussagen von Khomeini legitimieren zu versuchen.

Die Position von "Hojatoleslam Haj Hasan

Khomeini" bei dieser Institution und seinen Verwandtschaft mit dem verstorbenen Revolutionsführer erlauben ihm, in einem kritischen Ton die Abweichung der Revolution von ihren Zielen anzukündigen.

Aufmerksamkeit erregen

Die Aufmerksamkeit der jungen Iraner erregte er damit, dass er immer wieder die Gelegenheit ausnützt um verbotene Themen anzusprechen: Zensur im öffentlichen Rundfunk, Intoleranz der Herrschenden gegenüber den Kritikern, Vorherrschaft des "karikaturistischen Islam" (Hervorhebung der externen Erscheinungen der Religion und die Benachteiligung dessen Inhalts). Der junge Mullah spricht der iranischen Jugend aus der Seele. Die Jugend bildet im heutigen Iran mehr als 70% der Bevölkerung, fast 80 Prozent davon beenden ihre Schulzeit mit der Matura und viele gehen nach der Matura zur Universität. Iran hat laut UNO den höchsten

<http://www.takingitglobal.org>





Akademikeranteil der Welt.

Diese Statistik, die für viele westliche Länder ein Traum wäre, ist für die Machthaber in Iran zu einem Albtraum geworden.

Die durch den Staat extrem monopolisierte Wirtschaft durch Staat ist hauptsächlich von den Weltmarktpreisen von Öl abhängig und ist unfähig die notwendigen 800.000 Jobs im Jahr zu produzieren.

Arbeitslosenrate & Inflation

Die offizielle Arbeitslosigkeit liegt bei 15%, die Inflationsrate ist eine zweistellige Zahl, welche im internationalen Vergleich sehr hoch ist.

Die wirtschaftlichen Probleme spiegeln sich in der Gesellschaft durch den Anstieg von Kriminalität, Korruption und Abwertung von Moral wieder.

Geld gewinnt immer mehr an Bedeutung und die Wertvorstellungen ändern sich drastisch. Auf den öffentlichen Tribünen ist vom

islamischen Gottesstaat und dem islamischen Volk die Rede, auf den Straßen sind aber andere Verhältnisse zu beobachten.

Zwischen Moderne und Tradition

Die iranische Gesellschaft ist zerrissen zwischen der Moderne und Tradition, zwischen dem Idealbild und der realen Situation. Mit all diesen Schwierigkeiten haben vor allem die jungen, ausgebildeten Iraner zu kämpfen. Das Problem ist aber weniger die Arbeitslosigkeit sondern viel mehr die Leitbild- und Ideallosigkeit.

Das Idealbild der Revolutionäre von einer gerechten und Islamisch geführten Gesellschaft scheint heute nach drei Jahrzehnten unerreichbar zu sein.

Die Jugend sehnt sich nach einem neuen Leitbild, einem das ihre Sprache spricht und ihre Sorgen teilt. Jemand, der an sie glaubt und dem sie vertrauen können. Jemand, der ihnen den Weg zeigt: Den Weg der Zukunft.

Und der Enkel könnte diesem Leitbild entsprechen. Er redet offen über die Probleme, kritisiert die Instrumentalisierung der Religion durch Politik, beschuldigt den öffentlichen Rundfunk, die die kritischen Stimmen in der iranischen Gesellschaft zu ignorieren. Und vor allem kritisiert er die Vorherrschaft des "Karikaturistischen Islam", ein Wort, das er für unproportionierte Auslegung von Religion verwendet. Eine Interpretation vom Islam, die seiner Meinung nach, im heutigen Iran dominiert: die extreme Wertauflegung auf äußeres Erscheinungsbildes der Religion ohne deren inhaltliche Komponenten zu beachten. <<

Nicht nur für Profis

Schon oft wurde das Ende der klassischen Diplomatie prophezeit. Tatsächlich ändern sich die Anforderungen an inner- und interstaatliche Interessensvermittlungen stetig. Laiendiplomaten helfen aus

Text Christoph Hartl

Einsam im zweiten Jahr der Regierungsmühen, betraute George III einen seiner höchsten Offiziere mit einer besonders diffizilen Angelegenheit. 1761 als Sonderbotschafter nach Mecklenburg-Strelitz entsandt, musste Sir Simon Earl Harcourt tatsächlich all sein diplomatisches Geschick zum Wohle Britanniens aufbringen. Die Mission gelang, Prinzessin Charlotte ließ sich zur Heirat mit dem König überreden.

Die Zeiten haben sich gewandelt, so auch Herausforderungen, Umfeld und Instrumente für ständige und sonderliche Gesandte. Die Gepflogenheiten der "offiziellen" diplomatischen Beziehungen unterliegen zwar formal nach wie vor den auf dem Wiener Kongress 1815 und im Wiener Übereinkommen 1961 völkerrechtlich verbindlich kodifizierten Regeln, besonders mit dem Einzug neuer Kommunikations- und Verkehrsmittel hat sich die Praxis der internationalen Beziehungen jedoch weitgehend verändert. Nicht

zuletzt technische Innovationen wie das Internet haben alternative Kommunikationswege und -netzwerke etabliert, die jenen der Staatspropaganda und der offiziellen Diplomatie neue Möglichkeiten bieten, sie aber auch ihres Vertretungsmonopols beraubt.

Parallel zum Bedeutungsverlust der lingua franca Französisch steht die klassische Diplomatie offenbar immer öfter vor unlösbaren Verständnis- und Verständigungsproblemen gegenüber den neuen nichtstaatlichen Akteuren auf der politischen Bühne. Das zwischen Berichtersteller und Verkäufer nationalstaatlicher Interessen oszillierende Bild und das Selbstverständnis des Diplomaten will nicht immer korrespondieren mit dem Anforderungsprofil einer globalisierten Welt, die Flexibilität und Autorität, Protokoll und Hierarchie vorzuziehen scheint. Durch physische, ideologische und rechtliche Flexibilität und nicht selten durch Informationsvorsprung dank besserer Quellen, größerer Em-

pathie und präzisere Expertise begünstigt, können Privatpersonen und NGOs gegenüber der staatlichen Diplomatie bei der Konfliktlösung und -prävention wirkungsvoller sein.

Two Track oder Citizen Diplomacy

Als "Track Two" oder "Citizen Diplomacy" beschrieben Joseph Montville und William D. Davidson dieses Phänomen 1981 (Montville, J./Davidson, W.: Foreign Policy According to Freud. In: Foreign Policy No. 45, 1981. 145-157). Mit Laiendiplomatie bezeichneten sie dabei ursprünglich die Kontaktpflege zwischen Konfliktparteien auf der Ebene von normalen Bürgern im Vorfeld oder als Initialzündung für offizielle diplomatische, so bezeichnete "First Track"-Gespräche. Das am öftesten zitierte Beispiel hierfür sind die vom norwegischen Außenministerium und dem nichtstaatlichen "Institut für angewandte Sozialwissenschaften" initiierten Gespräche zwischen israelischen und palästinensischen Intellektuellen. In diese stiegen nach anfänglichem Zögern die offiziellen Konfliktparteien ein, um 1993 das Osloer Abkommen zwischen der PLO und Israel zu unterzeichnen.

In Fällen, in denen Nationalstaaten früher Diplomaten als Ausweis eigener Souveränität und Macht bei der Konfliktprävention bemüht haben, bedienen sie sich immer häufiger der Vorleistung "einfacher" Bürger oder Organisationen, das heißt diplomatischer Laien. Grund dafür sind nicht selten Fähigkeit, Expertise und Flexibilität der Laien, sondern oftmals auch, dass sich die Parteien nur auf eine unbefangene Autorität als Mediator einigen können. So stellte etwa der kolum-



UN Photo/Mark Garten

bianische Literaturnobelpreisträger Gabriel García Márquez 2005 nicht nur sein Haus in der kubanischen Hauptstadt Havanna für letztlich leidlich erfolgreiche Friedensgespräche zwischen der kolumbianischen Regierung und der Guerilla-Gruppierung ELN zur Verfügung. Nebst Vertretern der Schweiz, Spaniens und Norwegens war der Hausherr auch auf ausdrücklichem Wunsch beider Streitparteien während der Gespräche anwesend. Die Neutralität und Flexibilität des Laien machte ihn offensichtlich zum geeigneten Vermittler dieses innerstaatlichen Konflikts.

Multi-track Diplomacy

Das Konzept der "Multi-track Diplomacy" wurde in den letzten Jahrzehnten von mehreren Wissenschaftlern verfeinert und in bis zu neun Dimensionen präzisiert. Zu den genannten Pfaden eins und zwei gesellen sich etwa bei McDonald und Diamond (Multi-Track Diplomacy: A System Approach to Peace. 1996) Wirtschaftsbeziehungen, Bürgerbeziehungen, akademische Kontakte und Austausch, internationaler Aktivismus, Kontakte zwischen religiösen Gruppen, Spendenaktionen und Kommunikationsbeziehungen als in Ansinnen und Wirkung als solche zu qualifizierende diplomatische Bemühungen.

Gerade die englische Sprache offenbart dabei einen unbeschwerten Umgang mit dem Terminus Diplomatie. Etymologisch und historisch geht der Begriff letztlich auf die offizielle Urkunde, das "Diploma", zurück, die einen Botschafter als solchen ausweist. Weder das noch entsprechende Ausbildung und diplomatische Immunität als integrale und unabdingbare Charakteristika eines Berufsstandes können Laiendiplomaten vorweisen.

Sofern wir einer gängigen Definition folgend Diplomatie als Kunst definieren, nationale Interessen durch den Austausch von Informationen zwischen Regierungen, Nationen und anderen Gruppen zu fördern, mit dem Ziel, Einvernehmen zu erzielen oder Probleme zu lösen, so scheint die Rede vom Bürgerdiplomaten jedoch

gerechtfertigt. Zumal das Konzept Erfolge zeigt.

Paralleldiplomatie

Paralleldiplomatie als Schlagwort hat es spätestens mit den Aufsehen erregenden Umständen einer Entführung einer italienischen Geisel in Afghanistan in die internationalen Schlagzeilen gebracht. Der Journalist Daniele Mastrogiacomo war Anfang März 2007 zusammen mit seinem afghanischen Fahrer und einem Dolmetscher von den Taliban entführt worden. Die Freilassung Mastrogiacomos wird zu einem guten Teil der vor Ort operierenden italienischen NGO "Emergency" in Person ihres Gründers Gino Strada zugeschrieben. Wo offizielle Kanäle zwischen der italienischen Regierung und der islamistischen Guerilla versagten oder nicht zustande kommen wollten, war es letztendlich den orts-, sprach- und menschenkundigen Privatakteuren vorbehalten, das nationale Interesse der Befreiung eines Staatsbürgers zu wahren. Doch letztendlich bleibt fraglich, ob selbst diese Aktion ohne Kooperation und Akkordierung mit der staatlichen Diplomatie durchgeführt wurde und erfolgreich gewesen wäre. Laiendiplomatie solle folgerichtig

nie als Substitution, sondern als Ergänzung und Wegbereiterin zur erfolgreichen offiziellen Diplomatie verstanden und eingesetzt werden, so Montville und Davidson.

Public Diplomacy

Das Konzept der "Public Diplomacy" ist in der Praxis teilweise deckungsgleich mit der Laiendiplomatie nach McDonald und Diamond. Erstere, auch "Soft Diplomacy" genannt, unterscheidet sich von klassischer Diplomatie dadurch, dass sie sich in ihrem Ziel, nationale Wertvorstellung zu verbreiten, in erster Linie nicht an Regierungen sondern an Individuen und nichtstaatliche Organisationen wendet.

Im Gegensatz zur "Public Diplomacy" muss Laiendiplomatie nicht unbedingt staatlich gefördert sein. Zum Diplomaten, einem guten Botschafter seines Gemeinwesens, genügt letztlich die friedliche und vorurteilsfreie Auseinandersetzung mit dem Anderen. Ob im Beruf, während des Auslandsstudiums oder im Privaten. Es muss ja nicht unbedingt die Hochzeit mit einer ausländischen Prinzessin sein.

<<

UN Photo/Eskinder Debebe



Dos&Donts: Senegal

Text Ismael Ndao

Dos

- Frauen und Männer essen getrennt und die Kinder auch. Manchmal essen die Kinder mit den Männern. Zum Essen wird die rechte Hand verwendet. Hände werden vor und nach dem Essen gewaschen.

- Auf der Straße wird immer sehr höflich begrüßt. Wenn man das nicht macht, ist es ein Zeichen dafür, dass man selbst kein guter Mensch ist und den anderen nicht achtet.

- Respektierten Personen wird immer mit zwei Händen die Hand geschüttelt. Es sollte kein "Bussi" gegeben werden.

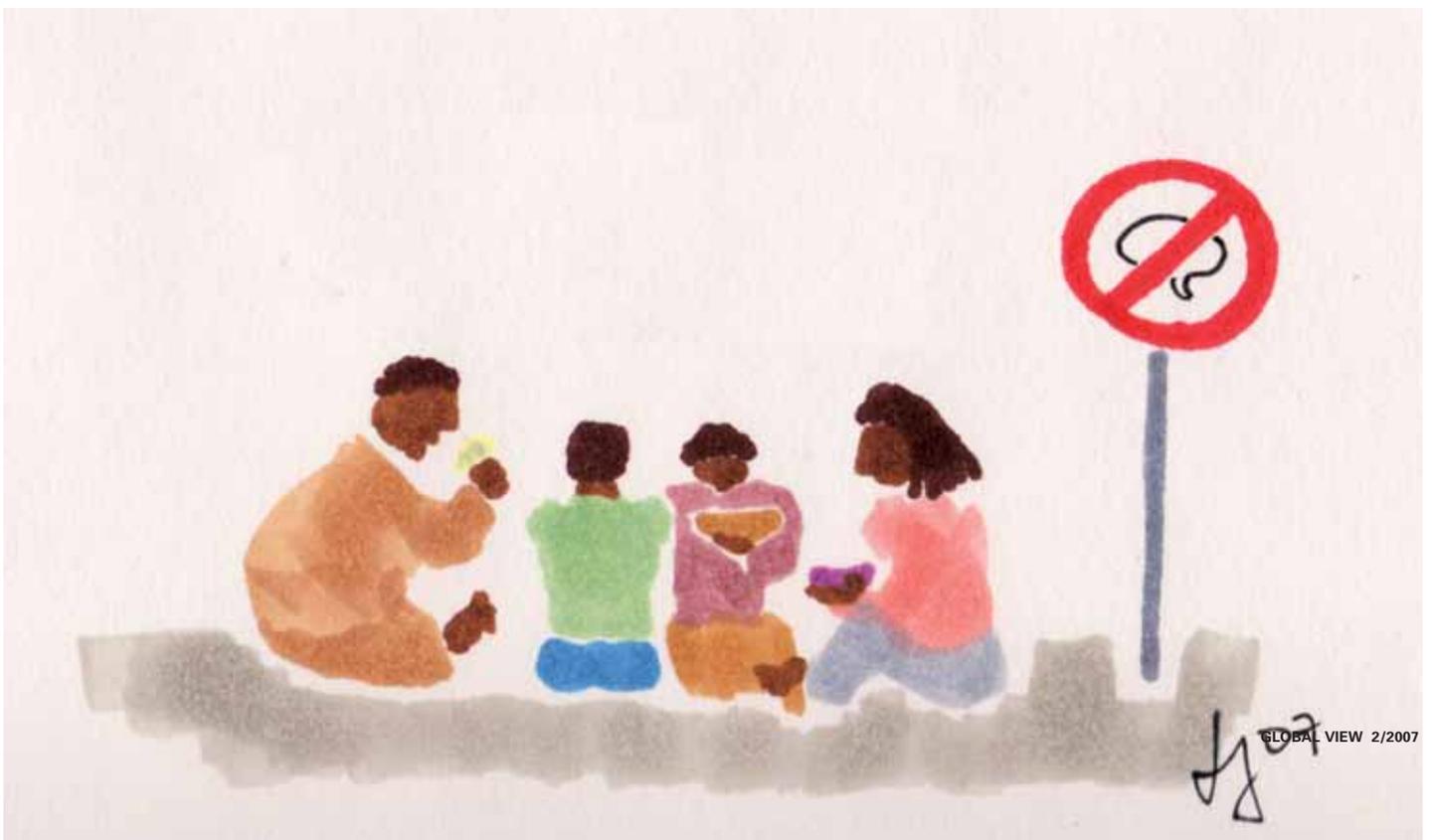
- In einem Gespräch ist man dazu angehalten, niemals jemanden der Lüge zu bezichtigen. Selbst wenn man weiß, dass das Gegenüber etwas Falsches sagt oder lügt. Es sollten stets nur die eigenen Argumente und Meinungen vorgebracht werden. Andernfalls wirkt man als unhöflich.

- Der Mann ist dazu aufgefordert seiner Angetrauten immer alles zu zahlen. Dabei ist es auch egal, wie viel Geld die Frau will oder braucht. Deshalb haben mittlerweile Frauen, die bereits mehr Geld im Beruf verdienen als Männer bzw. einen gewissen sozialen Status besitzen, Schwierigkeiten einen Mann zu finden. Männer in Senegal haben Angst, sich in solche Frauen zu verlieben oder sie zu heiraten, da sie befürchten, sich solche Frauen nicht leisten zu können.



Donts

- Beim Essen darf man auf keinen Fall reden. Besonders die Kinder sind dazu angehalten, sich während des Essens schweigend zu verhalten.
- Geht man in Senegal zu jemanden auf Besuch darf man keine Geschenke oder Aufmerksamkeiten mitbringen. Dies ist eine Beleidigung für den Gastgeber. Für den Gastgeber ist der Gast ja nicht ein Fremder sondern ein Freund. Und Freundschaften bedürfen keiner Geschenke.
- Als Gast sollte man niemals alle Speisen auf seinem/ihrem Teller aufessen. Wird alles aufgegessen, ist das ein Zeichen für den Gastgeber, dass der Gast noch Hunger und nicht genug gehabt hat. Das ist auch der Grund, wieso in Senegal den Gästen immer sehr viele Speisen serviert werden - immer mehr als sie eigentlich "verdrücken" können. Deshalb keine Sorgen, wenn nicht alles aufgegessen werden kann.
- Man ist dazu aufgefordert, dass man in keinem Fall in das Zimmer eines höherrangigen mit Schuhen geht. Das wird nicht gern gesehen. Der Höherrangige ist auch derjenige, der entscheidet, wann man sich hinsetzen darf.
- In Senegal wird es nicht gern gesehen, wenn sich ein Mann in eine ältere Frau verliebt oder sie heiratet.



To the Point for the Youth: Doing the Job

The UN Secretariat and the UN Secretary General are some of the most important actors in ensuring the work of the United Nations. But what do they really do? **Text** Irene B. Stöckl

1 How to become Secretary General in the first place?

The Secretary General is elected every five years. In general, people who have served quite some time in the foreign service of their respective countries become eligible for getting elected Secretary General of the United Nations. Being familiar with the UN system and its work is highly desirable. The working languages of the UN are English and French and to know both is an asset. Having the right friends and coming from the right place is not a mistake. The Secretary General is appointed by the General Assembly of the United Nations on the recommendation of the Security Council. Since every decision in the Security Council can be vetoed by the five permanent members there is not going to be any Secretary General without their approval. You could be Secretary General for 20 years or 10 or 50 since there is no limit of five-year terms a Secretary General may serve, but there has not been any Secretary General who has held office for more than two terms.

2 What would you be doing as soon as you become Secretary General?

Well, that is quite a challenge. The Secretary General is not in an easy position. First of all (s)he is a symbol representing the United Nations' ideals and a spokesperson for the interests of the world's peoples. Here comes the tricky part though. Because that is what heads of some countries think too and they first of all like to take care of their own people to begin with. And what might be good for everybody might not be good for my country. Therefore, by being Secretary General of the United Nations you have to find ways of making everybody happy. And we all know how difficult that is. On top of that he/she is also civil servant and a CEO. He/she is the chief administrative officer of the organization. The Secretary General is also Chairman of the Administrative Committee on Coordination (ACC), which brings together the Executive Heads of all UN Funds, Programmes and Specialized Agencies twice a year. Still, if something comes to his/her attention and he/she believes is important he/she is allowed to bring it to the attention of the Security Council. All in all Secretary General is literally a full-time job. So you might suspend your hobbies until you retire or the end of your appointment.

3 But would you be doing the job alone?

No, of course not. That would be a bit much to ask. There is the Secretariat, which is an international staff working in duty stations around the world. The Headquarter of the United Nations is in New York but there is considerable presence in Addis Ababa, Bangkok, Beirut, Geneva, Nairobi, Santiago and Vienna. The most important UN Office, despite that in Vienna, are those in Geneva and Nairobi. The staff carries out the diverse day-to-day work of the organization. You are just their boss. Some 170 countries pay around 8900 people working for the Secretariat. Still, as international civil servants, staff members and the Secretary General answer alone for their activities, and take an oath not to seek or receive instructions from any governments or outside authority.



4 Should we know anyone important in Vienna that is one of the highest Officials after the Secretary General?

Actually, yeah! That is Mr. Antonio Maria Costa. He is Director General of the UN Office at Vienna. He serves in the Senior Management Group (SMG). This is a committee of senior managers that serves as the Secretary-General's cabinet and the central policy planning body of the United Nations. Its objective is to ensure strategic coherence and direction in the work of the Organization. The cabinet was approved by the General Assembly in 1997 as part of the reform proposal submitted by the Secretary-General (<http://www.un.org/sg/management.shtml>). All in all there are 30 members in the Senior Management Group plus one member for Internal Oversight Service but he/she reports directly to the General Assembly.

5 Who else is on Board?

In 1997 too the post of Deputy Secretary General was created as part of the reform process of the United Nations. Reason: The organization should do better in the economic and social sphere. The General Assembly decided to establish the post as an integral part of the Office of the Secretary General. Tasks of the Deputy Secretary General include: assisting the Secretary General in managing operations of the Secretariat, to act in his/her absence at the United Nations Headquarters, to support the Secretary General in ensuring inter-sectoral and interinstitutional coherence of activities and programmes, to represent the Secretary-General at conferences and to undertake assignments as decided by the Secretary General. Today, Dr. Asha-Rose Migiro is Deputy Secretary General. She is the third. Before that there were Louis Fréchette and Mark Malloch Brown.

6 But what about all those Special and Personal Representatives?

Yes, there are quite a few. On all continents you can find Special Representatives of the Secretary General. As a matter of fact there are 55 most of them in Africa (15). There is also a number of other Special Representatives that do not serve in any particular country or area but for important topics - such as Avian flu, Global Compact or Climate Change. There is also one Special Envoy in Vienna - the UNOSEK. This is the Special Envoy of the UN Secretary General for the future status of Kosovo. At its head Martti Ahtisaari and with his Deputy Special Envoy Dr. Albert Rohan.

Beginn einer neuen Ära

DUP Chef Paisley und Sinn Féin Chefunterhändler McGuinness leiten gemeinsam eine Allparteienregierung in Belfast ein. Text Johannes Langer

Zwar war ein öffentlicher Händedruck noch nicht möglich, doch Anlass zum Feiern hatten Ian Paisley, Chef der pro-britischen Democratic Unionist Party (DUP), und Gerry Adams, Präsident der irisch-republikanischen Partei Sinn Féin ("Wir selbst") durchaus: Die beiden führenden Vertreter der verfeindeten Lager Nordirlands einigten sich bei ihrem ersten persönlichen Treffen am 8. Mai 2007 auf die Bildung einer gemeinsamen Allparteienregierung. Diese spiegelt die Sitzverteilung im Regionalparlament von Stormont in Belfast wieder. Paisley erklärte nach der Vereinbarung mit Adams: "Wir wollten immer eine Selbstverwaltung unter Bedingungen, die für alle Menschen eine Verbesserung bringen." Auch die Regierungen in London und Dublin als Schutzherren des Friedensprozesses begrüßten erfreut die Einigung.

Der Hort des Terrors

Die Kommentare in den Medien nach den Parlamentswahlen in Nordirland vom 7. März 2007 ließen zunächst noch nichts von einem Durchbruch ahnen, als "Hardliner" oder "Extremisten" wurden die Protagonisten in den meisten Medien bezeichnet. Es wurde von "Lagermentalität und Engstirnigkeit" oder der "Balance des Hasses, die Katholiken und Protestanten über Jahrhunderte hinweg gelähmt hat" geschrieben, die weiterhin Nordirland geprägt habe. Dies kann kaum überraschen, galt Nordirland doch als Hort des Terrors, in dem sich Katholiken, die als Iren angesehen wurden, und Protestanten, die als loyal gegenüber der englischen Krone galten, gegenseitig bekämpften. So kam es, dass in einem Mitgliedsland der EU in einem anachronistischen Bürgerkrieg in unter-

schiedlicher Intensität Attentate mit Todesopfern verübt wurden - auf religiöser Grundlage. Es muss aber betont werden, dass der Konflikt der Konfessionen stets auch handfeste politische und ökonomische Hintergründe hatte. Insgesamt wurden mehr als 3.500 Personen durch die Auseinandersetzungen in Nordirland seit 1969 umgebracht.

Abbau von Feindbildern

Der Protestantenpfarrer Paisley wurde berühmt mit seinen Worten "Never, never, never", das zum geflügelten Wort im Nordirlandkonflikt wurde, dass kein Kompromiss

möglich wäre. Das Good Friday Agreement von 1998 wurde von "Dr. No", wie Paisley oft bezeichnet wird, noch vehement bekämpft und Aussprüche sind überliefert in denen er die katholische Kirche als "Hure Babylon" und den Papst als "Antichristen" bezeichnete. Die neue Dynamik wurde vor allem durch die einseitigen und weit reichenden Schritt der Irish Republican Army (IRA) im Sommer 2005 möglich. Die IRA, der militärische Arm der Sinn Féin, hatte damals erklärt, ihre Ziele mit ausschließlich friedlichen und demokratischen Mitteln zu verfolgen und hatte im Herbst 2005 ihr gesamtes Waffenarsenal



zerstört. Dies ist aber auch im Kontext zu sehen, dass die IRA nach dem eigentlichen bewaffneten Kampf bis zum Good Friday Agreement von 1998 keinen Rückhalt mehr für ihre Attentate in der Bevölkerung hatte und so immer mehr zum Ballast für die Sinn Féin wurde. Entscheidend war auch, dass im Jänner 2007 beim Parteitag der Sinn Féin die historische Entscheidung getroffen wurde, die Polizei anzuerkennen - diese wurde zuvor als Gegner angesehen.

Nun wird die Sinn Féin bei zukünftigen Besetzungen in der neu geformten Polizei berücksichtigt werden. Wegen diesen Prozessen begann das Feindbild IRA seine Wirkung in der unionistischen Bevölkerung zu verlieren. Umgekehrt ist es ein Symbol dafür, dass die Katholiken nicht mehr diskriminiert wer-

den sondern Anerkennung in Nordirland finden. Voraussetzungen für den Friedensprozess.

Gewaltsame Konflikte enden oftmals dann, wenn alle Konfliktparteien den zu entrichtenden Preis für zu hoch halten und an einen "militärischen" Sieg nicht mehr glauben. Dies war seit der zweiten Hälfte der 1980-er Jahre sowohl auf Seiten der IRA als auch bei den britischen Verantwortlichen der Fall, Kriegsmüdigkeit machte sich breit. Ein Konflikt endet aber nicht automatisch, und insofern hängt viel von den politischen Akteuren ab, die eine solche Phase prägen. In London engagierten sich die Regierungen von Tony Blair, dessen Engagement für eine friedliche Lösung ihm auch seine vielen Kritiker nicht bestreiten, und in Dublin Ministerpräsident Bertie Ahern in einem nicht für möglich gehaltenen Einklang.

Parallel durchlief vor allem die Republik Irland in den letzten 20 Jahren eine rasante Entwicklung vom Armenhaus der EU hin zum keltischen Tiger, sie liegt jetzt mit seinem Durchschnittseinkommen an zweiter Stelle in der EU. Gleichzeitig stiegen in den letzten 10 Jahren Investitionen aus Irland im Nordteil der Insel sprunghaft an. Zudem hat die europäische Integration ein ökonomisches Zusammenwachsen der Republik Irland und des Nordens gefördert.

Die große Chance

Noch immer gibt es Segregation entlang des Glaubens, was an "Peace Walls" in Belfast oder bei den Wahlen im März 2007 sichtbar ist. Doch in Nordirland hat sich die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren deutlich reduziert, der Verfall der Städte konnte gestoppt werden, politische Gewalt wurde beinahe Einhalt geboten, und der Norden hat immer mehr Anteil am Aufschwung der Republik Irland. Auf die neue Regierung wartet viel Arbeit, es herrscht untereinander immer noch

In Brief:

Der Nordirlandkonflikt geht bis ins 17. Jahrhundert zurück, als sich Engländer und Schotten in der irischen Provinz Ulster (ungefähr die Größe des heutigen Nordirlands) ansiedelten. Irland wurde 1921 im Anglo-Irischen Vertrag zum Freistaat. Nordirland blieb bei Großbritannien. Bis in die 1960-er stabilisierte sich die Lage weitgehend. Jedoch 1969 eskalierte die Situation, so dass die britische Armee einschreiten musste. Die Folge war, dass nach dem Höhepunkt der Gewalt zwischen 1970 und 1972 das Regionalparlament aufgelöst wurde. Trotz geringerer Opferzahlen, aber auf Grund anhaltender Gewalt, kam es erst 1994 zum ersten Friedensvertrag. Jedoch gab es immer wieder Rückschläge, so dass der Durchbruch im Friedensprozess mit dem Good Friday Agreement im April 1998 erreicht wurde. Die nordirische Selbstregierung wurde wieder eingesetzt. In den letzten Jahren wurde das Parlament auf Grund von Anschlägen immer wieder aufgelöst, zuletzt im Oktober 2002.

Misstrauen - aber der Friedensprozess in Nordirland war noch nie so weit, und die Chance auf endgültige Normalisierung so groß wie heute. So ist die Aussage vom britischen Nordirland-Minister Peter Hain am 8. Mai 2007 in Belfast paradigmatisch: "Jetzt gibt es wirklich keinen Weg mehr zurück". Deswegen kann dieses Datum zu Recht als historischer Tag in die Geschichte eingehen oder um es mit den Worten von Adams zu fassen, es ist der "Beginn einer neuen Ära".

<<



Observing Armenian Elections

As a community of countries committed to democracy, the OSCE places great emphasis on promoting democratic elections.

Text Urdur Gunnarsdottir

The commitments agreed upon by all OSCE participating States, emphasize fundamental principles that are central to a democratic tradition and can be summed up in seven key words: universal, equal, fair, secret, free, transparent, and accountable.

It is against those principles the Warsaw-based OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights, ODIHR, has observed over 150 elections and referenda in the last decade. This includes the 12 May parliamentary elections in Armenia, which was monitored by over 400 observers from the ODIHR and three parliamentary assemblies.

The conclusion of those 400 observers was that the elections were an improvement from previous elections and that they were largely in accordance with international commitments, although some issues remained unaddressed. This is a condensed, one-sentence assessment of a long a complicated process. It may therefore be helpful to look a bit closer at what the observers based this conclusion on.

It was the sixth time the ODIHR observed elections in Armenia since its independence. This time around the ODIHR sent a long-term mission of 42 election experts and observers in early April, which were then joined by 300 short-term observers a few days be-

fore election day. For the observation of voting and counting, the ODIHR co-operated with some 100 parliamentarians from the OSCE Parliamentary Assembly (OSCE PA), the Council of Europe Parliamentary Assembly (PACE), and the European Parliament (EP).

Observers concluded

The observers concluded that steps taken by the Armenian authorities to address serious shortcomings, including amendments to the Election Code, were commendable. However, the authorities were unable to fully deliver a performance consistent with their stated intention that the election would meet international standards, and some issues remained unaddressed. The observers found the election campaign dynamic with extensive media coverage. Election day was calm, with no major incidents reported, but a few cases of fraud schemes were observed. Some procedural problems arose during the count and tabulation of votes as well as isolated cases of deliberate falsifications.

At a press conference held in Yerevan, the day after the elections, Tone Tinggaard, the Special Co-ordinator of the short-term election observers and Vice President of the OSCE PA, said that the elections had been a clear improvement, which was good for

Armenian democracy. "Now, more work is needed to further consolidate this young democracy. That will require joint effort and will be by all political forces. I hope we will see that happen in the years ahead", she said.

At the press conference, Ambassador Boris Frlec, the Head of the OSCE/ODIHR long-term mission, added: "Hopefully this election will contribute to restoring the trust of voters in the election process. But the election is not over. We will continue to follow the post-election developments; only once they have been concluded, will we have the full picture."

The election authorities generally worked efficiently and were well prepared for election day. Substantial training of election officials and voter education efforts took place and for the first time there was a central and computerized voter register. Amendments to the Election Code provided that women constitute at least 15 percent of each party/bloc list.

The separation of State and the ruling party appeared less than distinct in the campaign in some important elements of the campaign, the most visible of which was the convergence of the election campaign of the ruling Republican Party with a longer-running campaign celebrating the fifteenth anniversary



of the Armenian Army, sponsored by the Ministry of Defense.

The observers stated that concerns remained; including gaps in the regulatory framework for elections, inconsistencies and legal contradictions. Also the intertwining at all levels of political and business interests, especially in view of relatively weak provisions and enforcement regarding transparency and disclosure of campaign finances. Furthermore, authorities were slow or non-responsive in correcting irregularities in the election process.

Some violent incidents occurred during the campaign period, but they appeared not to have significantly impacted upon the overall electoral environment.

400 observers visited

The 400 observers visited over 1,150 polling stations, providing data from polling stations for the election experts to analyse. On election day, voting took place in a mostly calm atmosphere and was assessed positively in the vast majority of polling stations observed (94 per cent). Problems included: unauthorized persons present in polling stations (17 per cent), overcrowding (14 per cent) and challenges to secrecy of voting due to the construct of voting booths (17 per cent).

Problems of an apparently more deliberate

character emerged in some parts of the country. A few instances of tension due to the conduct of proxies or unauthorized persons were observed. People voting more than once and potential vote fraud schemes were identified in two cases.

Counting was mostly according to procedures but in 17 per cent of polling stations observed the organizational requirements led to difficulties and consequently to a negative assessment by the observers. Deliberate falsification of results was observed at four polling stations.

As Ambassador Frlec pointed out in the press conference on 13 May, an election is not over even though polling stations have been closed. The ODIHR mission stayed in place for a few more weeks after the voting process. During these last stages the mission observed certain inconsistencies with established regulations and departures from best electoral practice.

Those included protracted vote count and tabulation, cases of territorial election commissions ordering corrections to precinct election commission protocols, cases of discrepancies between certified polling station protocol copies and preliminary results submitted electronically mainly via a networked computer system, and refusal of three

of the nine Central Election Commission members to sign the protocol of the nationwide preliminary proportional contest results.

Recounts of results were initially requested in twelve constituencies, and took place to completion in five. These were conducted in accordance with the law and revealed no major results discrepancies with the preliminary results.

The president and the prime minister stated that criminal responsibility for electoral violations is to be pursued. Some criminal cases have been initiated related to falsification of results, bribery and fraud involving the voter list. The ODIHR has welcomed these steps and emphasized the importance of the thorough and impartial investigation of all alleged irregularities.

The ODIHR's work is not done. A final analysis of the elections, together with a set of recommendations in order to improve the conduct of future elections is under way. After all, the purpose of election observation is not simply to commend countries that conduct their elections well or to criticize those countries that may fall short of meeting their commitments. The purpose is to offer proactive and constructive input and provide assistance to rectify any shortcomings. <<



Kläger als Angeklagte

Tausende Tote forderte der Einmarsch bosnischer Serben in die damalige UNO Schutzzone Srebrenica im Herzen Bosniens im Juli 1995. **Text** Hadmar Hölzl

Das UN-Kriegsverbrechertribunal für Ex-Jugoslawien in Den Haag sucht noch heute viele Verantwortliche. Dieser Tage wird der Fall neu aufgerollt, allerdings mit vertauschten Rollen. UNO und die Niederlande müssen sich gegen den Vorwurf der unterlassenen Hilfeleistung verantworten.

Ein Lokalaugenschein in Srebrenica-Potocari fördert eine bizarre Szenerie zu Tage. Ein ehemaliges Fabrikgelände mit mehreren Lagerhallen, umringt von kaputten Zäunen, die einen Schutz vor möglichen Eindringlingen wohl nur mehr andeute. Die Lagerhallen sind dunkel, leer und düster, Sonnenstrahlen treten nur durch die zerborstenen und zersplitterten Fensterscheiben durch. Es ist ein zerstörtes und verlassenenes Areal, auf dem nur mehr eine aufgemalte UN-Inschrift an der Einfahrt auf ein Hauptquartier der UNO Blauhelme vor 12 Jahren hinweist.

Nur wenige hundert Meter entfernt, auf der anderen Straßenseite, findet man den Ein-

gang zum "Srebrenica-Potocari Memorial and Cemetery". Eine breit angelegte Namenstafel listet die mehr als 8.000 Toten auf, die auf diesem Friedhof ihre letzte Ruhe gefunden haben. Jeder mattgrüne Grabstein gleicht dem Nächsten, als wollen sie sagen: Wir alle teilen das gleiche Schicksal.

Das Massaker von Srebrenica geht als trauriges Kapitel in die europäische Geschichte ein. Die Belagerung der Stadt und der Exodus in die umliegenden Wälder kostete zahlreichen Bosniern im Juli 1995 das Leben. Die Exhumierung der Leichen aus zahlreichen Massengräbern gestaltet sich heute als besonders schwierig. Mehr als die Hälfte der Körper können nicht mehr identifiziert werden und bleiben namentlich unbekannt.

Die Suche nach den Mittätern

Als ähnlich kompliziert erweist sich nun die Suche nach den Schuldigen. Im November 2004 entschuldigte sich die Regierung der

Republika Srpska (Serbischer Teil Bosniens) erstmals offiziell bei den Hinterbliebenen und erkannte die Verantwortung bosnisch-serbischer Militäreinheiten für das Massaker in Srebrenica an.

Offen bleibt für die Hinterbliebenen hingegen die Frage der Mittäterschaft. Der internationale Gerichtshof in Den Haag wies eine Klage Bosniens wegen Beteiligung Serbiens an den Verbrechen in Srebrenica im Frühjahr 2007 ab. Zwar hätte Serbien versuchen müssen, die Massaker zu verhindern, die Verwaltung der bosnischen Serben war zu dieser Zeit aber Belgrad nicht zuzuschreiben. Für den Völkermord ist Serbien daher nicht haftbar, Entschädigungszahlungen bleiben aus. Da die Region um Srebrenica seit 1993 als UN-Schutzzone eine "Safe Area" war, kamen auch die UNPROFOR-Soldaten aus den Niederlanden unter Beschuss. Sie hätten sich von den serbischen Einheiten überrollen lassen und nichts zum Schutz der Zivilbevölkerung unternommen, hieß es. Die Rolle der Holländer war bereits Gegenstand mehrerer



Untersuchungskommissionen, 2002 warf das Niederländische Institut für Kriegsdokumentation (NIOD) der holländischen Regierung und dem Militär schwere Versäumnisse vor, was zum Rücktritt der Regierung Wim Koks führte. Eine offizielle Entschuldigung blieb allerdings aus. Im Dezember 2006 wurden ungefähr 500 UNPROFOR- Soldaten von der niederländischen Regierung geehrt, Hinterbliebene sprachen dabei von einem "Genozid-Orden".

Neue Klage gegen UNO und die Niederlande

Am 4. Juni dieses Jahres reichten die Hinterbliebenen der Srebrenica- Opfer in Den Haag mit Hilfe einer Amsterdamer Rechtsanwaltskanzlei Klage gegen die Vereinten Nationen und gegen die Niederlande ein und bewegten sich damit auf völkerrechtlichem Neuland. In der 228-seitigen Klagschrift soll die UN für das Versagen einer unter ihrer Flagge stehenden Armee verantwortlich gemacht

werden. Es ist das erste Mal, dass sich die Vereinten Nationen vor Gericht verantworten müssen, weil ihre Soldaten den Schutz einer ausländischen Bevölkerung trotz gültigem Mandat nicht garantieren konnten.

Die Anwälte Axel Hagedorn und Marco Gerritsen sehen darin die Schuld der niederländischen UNPROFOR- Truppen, die ihren Dienst somit nicht in Einklang mit den UN- Resolutionen erfüllt hätten.

"Sie haben nicht das getan, was sie tun hätten müssen, dadurch ist der Völkermord erst überhaupt möglich gewesen", so Hagedorn bei der Überbringung der Klageschrift am 4. Juni.

Für den "schlimmsten Völkermord seit dem Zweiten Weltkrieg" fordern die Anwälte 25.000 Euro Schadensersatz pro Kläger sowie weitere Entschädigungen.

Für die Klägerin Munira Subasic, Vorsitzende der Organisation "Mütter von Srebrenica", die das Gedenken an den Völkermord in ihrer Stadt aufrecht erhalten will, geht es dabei

nicht um Geld, sondern um späte Gerechtigkeit. "Über 200 Frauen und Waisenkinder aus Bosnien sind heute hier nach Den Haag gekommen, um Europa zu zeigen, dass es uns immer noch gibt, und dass wir immer noch nach Gerechtigkeit suchen", gibt sie in einem Interview am 4. Juni bekannt. <<



In den sicheren Hafen

Wie bereits seine Vorgänger versucht auch Portugal während der Ratspräsidentschaft den Verfassungsvertrag weiter voran zu bringen.

Text Petra Jahn

Am 1. Juli 2007 übernahm Portugal vom Ratspräsidenten Deutschland den EU-Vorsitz. Im Hinblick auf der Weiterführung der Verhandlungen über den EU-Verfassungsvertrag hat Deutschland bereits Vorarbeit geleistet und Angela Merkel war erfolgreich, den Diskurs neu zu beleben. Die Berliner Erklärung wurde von allen Mitgliedstaaten als gutes Ergebnis bewertet, insbesondere die Tatsache, dass eine Lösung in der Frage des EU-Verfassungsvertrages mit klaren Worten als wesentliche Herausforderung für die Zukunft der Union anerkannt wurde.

Nun liegt es an Portugal den positiven Wind des Verfassungsvertrag für Europa zu weiter zu tragen. Für Juni 2007 wird ein Bericht der deutschen EU-Präsidentschaft erwartet, der die nächsten Schritte hinsichtlich der Verfassung festsetzen soll. Diese sollen dann von Portugal umgesetzt oder zumindest vorbereitet werden. Dementsprechend hoffte die portugiesische Ratspräsidentschaft mit Recht auf eine sehr klare Formulierung des Mandats für die weitere Vorgehensweise seitens der deutschen Präsidentschaft. Portugal ist nach eigenen Angaben für eine Diskussion offen, welche Teile vom bereits vorliegenden Text übernommen werden können und welche noch überarbeitet bzw. ausgeklammert werden müssen.

EU Troika

Deutschland und Portugal haben zusammen mit Slowenien, das im Jänner 2008 den Ratsvorsitz übernehmen wird, ein 18-Monatsprogramm ausgearbeitet, um ihre Arbeitsweise kohärenter und effizienter zu machen. In diesem Programm haben die drei Staaten Schwerpunkte gesetzt, die sie gemeinsam umsetzen wollen. Zu den Prioritäten zählen dabei einen Beitrag zur Erreichung der Lissabon-Ziele zu leisten, den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu stärken, die Außenbeziehungen der Union zu verbessern sowie den Reformprozess der EU voranzutreiben.

Lissabon-Strategie

Die EU hat es sich zum Ziel gesetzt, zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu werden, mit der Fähigkeit, dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und größerem sozialem Zusammenhalt bereitzustellen. Die portugiesische Ratspräsidentschaft ist bestrebt, in diesem Bereich Schwerpunkte zu setzen und gemeinsam mit Slowenien den Frühjahrsgipfel 2008, basierend auf dem Überprüfungsbericht der Kommission, der für die zweite Hälfte 2007 erwartet wird, vorzubereiten.

Ein weiteres Anliegen Portugals ist die Abhaltung einer politischen Debatte zur "Flexicurity", die bezugnehmend auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und soziale Fragen durchgeführt werden soll.

EU-Afrika-Gipfel

Die EU und die Afrikanische Union haben in den vergangenen Jahren ihre Beziehungen und den Dialog seit dem ersten EU-Afrika-Gipfel in Kairo 2000 verstärkt. Die EU und die AU haben beschlossen, eine gemeinsame Strategie zu entwickeln, die die Bedürfnisse und Bestrebungen der Bevölkerungen beider Kontinente in Betracht zieht. Diese soll zur Entwicklung einer politischen Vision und zur Formulierung klarer Zielsetzungen und Leitlinien für deren Umsetzung dienen. Die EU versucht im Rahmen eines Dialogs mit Afrika, der sämtliche Fragen, wie Migration, Entwicklung oder Menschenrechte umfasst, zur Lösung von politischen Problemen in Afrika beizutragen. Eine erklärte Priorität der portugiesischen Ratspräsidentschaft ist die Abhaltung des zweiten EU-Afrika-Gipfels, wobei sich Portugal zuversichtlich zieht, dass eine Lösung in der Simbabwe-Frage gefunden werden kann. Zur Vorbereitung sind die Einbindung einiger Mitgliedstaaten im Rahmen einer Gruppe "Friends of the EU-Africa-Summit" sowie informelle Treffen staatlicher



und nichtstaatlicher Akteure zur Erörterung relevanter Themen vorgesehen. Im Anschluss an den Gipfel soll die letztendliche Beschlussfassung über eine gemeinsame EU-Afrika-Strategie erfolgen.

Energie und Klimaschutz

Die Europäische Union hat den Klimawandel als eine der größten globalen Herausforderungen definiert und ist bestrebt, einen entsprechenden Beitrag zur Verminderung der globalen Erwärmung zu leisten. Portugal hat die Umsetzung der Beschlüsse des Europäischen Rates vom März 2007 hinsichtlich Energie und Klimaschutz als eines seiner Hauptanliegen im zweiten Halbjahr 2007 de-

finiert und die Festlegung von verbindlichen Zielsetzungen, 20%-Anteil an erneuerbaren Energien und 10%-iger Mindestanteil an Biokraftstoffen bis 2020, begrüßt. Hinsichtlich des Energieaktionsplans und der Vollendung des Binnenmarktes für Gas und Elektrizität wird Portugal die Vorschläge der Europäischen Kommission abwarten, die daraufhin im Juli oder September diskutiert werden sollen. Weiters sind abstimmende Verhandlungen und die anschließende Präsentation des Post-Kiyoto-Abkommens vorgesehen.

Innovation, Forschung und Bildung

Zur Erhaltung und Weiterentwicklung der Wettbewerbsfähigkeit der Union bedarf es

weiterführender Forschung, weshalb es von großer Bedeutung ist, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen. Maßnahmen auf EU-Ebene sind die Erreichung von gesteigerten Investitionen im Forschungsbereich, die Unterstützung insbesondere für die neuen Mitgliedstaaten hinsichtlich der finanziellen Ressourcen zur Verbesserung notwendiger Infrastruktureinrichtungen sowie die Förderung des internationalen Austauschs und der Mobilität der Forschenden. In den Bereichen Forschung, Innovation und Bildung hat es sich Portugal zum Ziel gesetzt, weitere Fortschritte zu erzielen und die Diskussion sowie die Beschlussfassung über einen strategischen Technologieplan voranzutreiben. Schwerpunkte bilden dabei das geplante Gipfeltreffen der EU mit Brasilien über Biokraftstoffe, die Verhandlungen der Abkommen über Energieeffizienz mit China, Mexiko, Brasilien und den USA sowie die Beschlussfassung über das "European Technology Institute".

Das angehende Vorsitzland könnte sich vorstellen neue Aspekte, beispielsweise im Bereich Soziales und zum Klimaschutz, einzufügen, betont jedoch, dass die grundlegenden Bestimmungen zum institutionellen Gleichgewicht beibehalten werden müssten. Portugal ist bestrebt, den Diskurs über die Verfassung pragmatisch, flexibel und unparteiisch anzugehen, wobei der Erfolg wesentlich davon abhängt, inwieweit sich die EU-Mitgliedstaaten dazu verpflichtet fühlen, gemeinsam an einer Lösung zu arbeiten. Es bleibt jedoch spannend, ob es der portugiesischen Präsidentschaft gelingen wird, die notwendigen Impulse für die Fortentwicklung der Europäischen Union zu setzen.

<<





Komm' a saufen...!

von Mag. Cäcilia S. Smekal

Kaum ein Thema hat die österreichischen Journalist/innen in den vergangenen Wochen dermaßen aus der latenten Sinnkrise des Sommerlochs geführt wie der Komplex "Komasaufen". Nach Klimakatastrophe und Eurofighterzirkus war der ausschweifende Alkoholkonsum der heimischen Jugendlichen unter den Top drei der Stammtisch- und Redaktionsgespräche.

Jeder Generation ihre Droge, das voranschreitende Sommerloch wird überbrückt.

Dabei herrschte allgemein der dramatische Tenor vor, die Teenager hätten den Verstand verloren, kein Wunder bei den ganzen Alkopops. Sinnloses Trinken muss wohl der Beweis dafür sein, wie verhätschelt die Kinder sind und dass sie keine anderen Sorgen haben.

Fakt ist, dass sich niemand die Gesellschaft, in die man hineingeboren wird, aussuchen kann. Klar, wir haben Glück, beispielsweise nicht in das indische Kastenwesen geraten zu sein. Doch der Druck, der auf der jungen Generation lastet, ist neuartig. Auch das muss anerkannt werden. Selten zuvor gab es (friedliche) Zeiten, die dermaßen ergebnisoffen waren. Wenn man heute jung ist, ist es nichts Besonderes - im Gegensatz zur Eltern- und Großelterngeneration -, nicht im Geringsten einschätzen zu können, welche Bahnen das Leben einschlagen wird. "Von der Wiege bis zur Bahre" kaum noch, gesicherte Pension sowieso nicht, Vorstellungen über eine einigermaßen einschätzbare Zukunft kennt man eher aus dem Fernsehen als aus dem eigenen Leben. Unsere VorgängerInnen hatten, egal wie ihre berufliche und persönliche Laufbahn dann tatsächlich aussah, zumindest Vorstellungen über eine einschätzbare Zukunft. Die "Generation Praktikum" hat den Fluch der unendlichen Auswahl, der großen Lebenschancen in der globalisierten Welt voller Patchwork und der Möglichkeiten, die genutzt oder irreversibel versammelt werden können. Je nachdem, wie gut man nach fremden Regeln spielen

kann. Zurecht finden muss man sich selbst, es lernen auch. Die Wahlmöglichkeiten führen oft zu Orientierungslosigkeit, jeder Medaille gibt es eine Kehrseite. Diese Art von Druck kennen die vorangegangenen Generationen nicht, obwohl vor allem die Kriegsgenerationen zweifelsfrei größere Schwierigkeiten hatten. Der Suff bietet eine Pause von den Zukunftsängsten, so wie alles, was als Hilfsmittel zum Eskapismus dient. Die Ursachen des Komasaufens liegen nicht in der Langeweile des Geistes oder der plötzlich aufgekommenen Stupidität der Jugend, sondern tiefer. Der juvenilen Unsicherheit steht die Macht über den eigenen Körper gegenüber. Verboten hilft sowieso nicht, schon gar nicht, wenn die Prohibition von selbst gern zum Glas greifenden Autoritäten stammt.

Zusätzlich ist zu bedenken, dass noch keine Altersklasse zuvor auf solch große Toleranz getroffen ist, dank sozialer Umwälzungen der Vergangenheit (z.B. durch die 68er-Generation).

Die heute jungen Menschen können sich glücklich schätzen darüber, doch das macht es freilich schwierig, die der Jugend natürlicherweise innewohnende Protestneigung zu kanalisieren. Wenn die Eltern sich äußerlich und innerlich den Kindern angleichen - sei es aus Verständnis oder Jugendkult - ist Ablehnung den Älteren gegenüber kaum auf bestimmte Ziele hin orientierbar. Es ist eben mühsamer geworden, die Entrüstung der Eltern zu provozieren. Da muss eben etwas Neues gefunden werden, das noch zu schockieren vermag. Manche konzentrieren sich auf ausfälligen Gangsta-Rap, manche auf bunte Getränke. Man sollte sich also nicht in moralinsaurer Manier entrüsten, sondern eher mal nachfragen, wieso soviel gebechert wird. Sicher, die gesundheitlichen und letzten Endes auch volkswirtschaftlichen Risiken sollen thematisiert werden, aber vermeintliche sittliche Übertretungen brauchen nicht dramatisiert zu werden. Erwachsen werden wir ja schließlich alle, mehr oder weniger.





NEUIGKEITEN,
FLINKES WIESEL?

HÄUPTLING
SCHNÄUBENDER
MUSTANG ERWARTET
UNS BEI SONNEN-
UNTERGANG AM
RED ROCK PEAK

VERABREDUNGEN EINST UND HEUTE



NEUIGKEITEN,
DRAHTLOSES
INTERNET?

HÄUPTLING
KNATERNDES
ZWEIRAD ERWARTET
UNS UM HALB ACHT
IM
HARD ROCK CAFÉ

PETROL

Aiot 07



Österreichs UNO Sicherheitsrat Kandidatur

Text Ursula Plassnik

Die Vereinten Nationen stehen für Österreich im Zentrum erfolgreicher internationaler Zusammenarbeit. Als verlässlicher Partner und aktives Mitglied der Vereinten Nationen konnte Österreich im Laufe der letzten Jahrzehnte viele Impulse setzen.

Fast 60.000 Österreicher haben weltweit an Friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen teilgenommen. Durch seine Erfahrung im Bereich Konfliktvermeidung, Konfliktlösung und umfassender Friedensstiftung fühlt sich Österreich dem Prinzip der friedlichen Streitbeilegung und der Stärkung der Einhaltung des Völkerrechts streng verpflichtet.

Österreich ist der Ansicht, dass die Erhaltung von Frieden und Sicherheit am besten durch internationale Zusammenarbeit bei der Lösung wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Probleme erreicht werden kann, insbesondere durch Unterstützung von Ländern in ihrem Kampf gegen Armut. Um dazu beizutragen, dass Länder in die Lage versetzt werden, sich zu entwickeln und zu wachsen, hat Österreich sich verpflichtet, seine öffentliche Entwicklungshilfeleistungen bis 2010 auf 0,51% des Bruttonationaleinkommens (BNE) zu erhöhen, mit der Zielsetzung, bis 2015 0,7% zu erreichen. 2006 erreichten die österreichischen Entwicklungshilfeleistungen gemäß vorläufigen Zahlen einen Anteil von 0,48% am BNE. Österreich übertraf damit bereits die Zielsetzung von 0,33%.

Österreich ist bereit, im Rahmen der Vereinten Nationen auch weiterhin auf Basis seiner Prinzipien und Wertvorstellungen Verantwortung zu übernehmen. Aus diesem Grund kandidieren wir für einen nicht-ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für die Periode 2009-2010.

Sollte Österreich in den Sicherheitsrat gewählt werden, wird es sein Möglichstes tun um sicherzustellen, dass der Rat uneingeschränkt und rechtmäßig seine Aufgaben zur Erhaltung des Weltfriedens und der Sicherheit wahrnehmen kann. Ebenso wird es engen Kontakt zur erweiterten Mitgliedschaft der Vereinten Nationen suchen, um zu allen wichtigen Themen einen umfassenden Dialog zu führen.

Ein persönliches Anliegen stellt für mich das aktive Engagement von Frauen in der Friedensarbeit dar. Keine Gesellschaft der Welt kann es sich leisten, auf den Beitrag von Frauen zu verzichten. Daher ist die volle Umsetzung von Sicherheitsratsresolution 1325 (2000), welche die aktive Teilnahme von Frauen an Friedensbemühungen und internationalen Friedensoperationen auf allen Ebenen vorsieht, dringend geboten. <<

Ein neuer Eco und das Feuilleton jubelt

Wer nun hofft wieder Nachschub seinen Lesehunger, im Stil von "Der Name der Rose" oder "Baudolini" stillen zu können, der irrt gründlich.

Text Irina J. Beikert

Sein neuestes Werk "Im Krebsgang voran - heiße Kriege und medialer Populismus" ist eine Essaysammlung. Anstatt ins dunkle Mittelalter führt Umberto Eco den Leser diesmal in die vermeintlichen Abgründe des dritten Jahrtausends. Auf den Kalten Krieg folgten die heißen Kriege in Afghanistan und im Irak, der längst vergangen geglaubte Konflikt zwischen Christentum und Islam ist zurück und der Darwinismus wird von christlichen Fundamentalisten angezweifelt.

Rückschritt in der Geschichte

So analysiert der polyglotte Gelehrte das dritte Jahrtausend bisher als Rückschritt in der Geschichte: "es scheint fast, als ob die Geschichte, ermüdet von den vielen Sprüngen, die sie in den letzten zwei Jahrtausenden gemacht hat, sich selbst zurückspult, um zu den bequemen Ruhmesfeiern der Tradition zurückzukehren". Und so begibt er sich auf einen Streifzug zur

Neuaufgabe der Kreuzzüge der christlichen Welt gegen die islamische, verwirrt die Leser in den Tiefen der Kunstwörter der Political Corectness (person person anstatt mail man, da mail wie male klingt) oder kritisiert die Medien, Menschen zur Zuschaustellung ihrer Privatsphäre zu nötigen in Zeiten, in denen der Status eines Menschen daran gemessen wird, wie oft er oder sie in den Klatschspalten zu finden ist.

Die deutsche Übersetzung ist erst im Frühjahr 2007 erschienen, in Italien jedoch rechtzeitig zum Wahlkampf 2006. Der von Eco beschworene mediale Populismus Belusconis ist fürs erste gebannt.

Das System Berlusconi

Hierin besteht nämlich das einzig Neue in diesem Jahrtausend: "die Instauration einer Regierungsform auf der Grundlage eines populistischen Medieanappells, durchgeführt von einem privaten Unter-

nehmen in dessen eigenen privaten Interesse". Das System Belusconi hält er für viel raffinierter als die Populismen der Dritten Welt.

Das Buch nun in die Schublade des "Berlusconi-Bashings" zu schieben greift jedoch zu kurz. Die Skizzen und Streichholzbriefchen, die Eco in den Jahren 2000-2006 in der italienischen Tageszeitung "La Repubblica" oder der Zeitschrift "L'Espresso" veröffentlicht hat, liefern ein interessantes Zeitdokument für all jene, die die italienische Seelelage der Ära-Berlusconi nie ganz verstanden haben. Manchmal polemisch, überspitzt und ironisch, aber sprachlich immer auf höchsten Niveau.

UMBERTO ECO: Im Krebsgang voran. Heiße Kriege und medialer Populismus. Aus dem Italienischen von Burkhard Kroeber. Carl Hanser Verlag, München 2007. 320 Seiten, 23,50 Euro. <<



MA PITOM

der event
AGENTUR

jedes fest an jedem ort
organisation presse pr

MICHAEL FEYER

A-1010 Wipplingerstraße 13/13

01 - 533 82 69

mapitom@aon.at www.mapitom.at

**Nutzen Sie unsere über 25-jährige Erfahrung im Event Bereich
und die ebenso lange Erfahrung in der Gastronomie**

**Erzählen Sie uns Ihre Wünsche,
wir setzen diese individuell um**

**Eine kreative Idee, sorgfältige Planung
und professionelle Durchführung ergeben das perfekt Event**

Schwarzer Kontinent auf Cinescope

Afrika im westlichen Film wird immer häufiger zu einem Zerrbild typischer Klischees - Reflexion ist unerwünscht, wenn der postkoloniale Schuldkomplex des Westens gestillt werden möchte. Text Irina J. Beikert

Seit Jahrzehnten kommen sie ab und an die Kinos: Filme wie "Jenseits von Afrika" oder "Nirgendwo in Afrika", gehören auch diese beiden zu den vielschichtigeren Werken über den Kontinent, so sind doch schon allein die Titel bezeichnend. Afrika wird zumeist als Gesamtheit betrachtet, ob eine Handlung in Kenia, Nigeria oder Mozambique spielt, immer sind die Bilder die gleichen: Sonnenauf- und Untergänge vor traumhafter Kulisse setzen das Unheil ins Bild. Wenn die Filmindustrie wieder mal Afrika entdeckt, wird keines der bekannten Klischees ausgelassen, kaum ein Film ohne Kinder mit aufgeblähten Bäuchen, Menschenmassen in Flüchtlingslagern, Kindersoldaten im Drogenrausch, schwer bewaffnete Warlords, Massaker an der Zivilbevölkerung.

"That's Africa" sagt dann bei solchen Szenarien immer wieder der Protagonist, gespielt von Leonardo DiCaprio - stilgerecht ein weißer Ex-Söldner, gegenwärtiger Waffen- und Drogenschmuggler aus Simbabwe - im aktuellen Film Blood Diamond. Zur Seite gestellt wird ihm eine junge, ebenfalls weiße, Journalistin, die selbst in lebensbedrohlichen

Actionszenen im Dschungel nicht müde wird, die sozpolitischen Dimensionen des Bürgerkrieges zu erläutern. Schon bald bekommt der skrupellose Ex-Söldner ein schlechtes Gewissen auf seiner Jagd nach dem riesigen Diamanten, mit dem er der Hölle Afrikas entfliehen möchte und der Zuschauer gleich mit. Nichts wird ausgelassen, um an die Moral der Diamantenkäufer zu appellieren.

Diamantenindustrie startet Kampagne

Die durch den Film aufgeschreckte Diamantenindustrie startete schon Monate vor der US-Premiere eine millionenschwere Imagekampagne, dass weltweit nur unter ein Prozent der Rohdiamanten aus Konfliktzonen stammen. Das sogenannte "Kimberly-Abkommen" wurde seit 2000 von 71 Staaten unter dem Mandat der Vereinten Nationen in Zusammenarbeit mit NGOs unterzeichnet, allerdings als der Bürgerkrieg in Sierra Leone sich schon seinem Ende zu neigte. Kritik ist dennoch berechtigt, denn Konfliktdiamanten werden nur als all jene bezeichnet, mit denen eine Rebellengruppe ihren Kampf gegen eine legitime Regierung finanziert. Men-

schenrechtsgruppen weisen darauf hin, dass aufgrund korrupter Regime, undichter Grenzen und mangelnden unabhängigen Kontrollen auch weiterhin "Blutdiamanten" aus Krisengebieten durch Schlupflöcher auf die internationalen Märkte drängen. Denn das System basiert auf einer Art "freiwilliger Selbstkontrolle".

Der ewige Gärtner

Ein weiteres Filmbeispiel ist der Polit-Thriller Der ewige Gärtner, basierend der Romanvorlage von John le Carré, werden alle Klischees zeitgerecht in 90 Minuten abgearbeitet. Ein naiver westlicher Diplomat trifft auf engagierte NGO-Aktivisten: im Fadenkreuz - die skrupellose Pharmaindustrie, die mit dem Elend in Afrika Profit macht, indem sie ein Tuberkulosemedikament an AIDS-Kranken testet und die verstorbenen Patienten in einem Massengrab vergräbt Gut und Böse sind somit verteilt und ändern sich auch nicht mehr. Die Afrikaner im Film sind meist namenlose Statisten. Der Film wurde von der Kritik gefeiert, beispielsweise schreibt die New York Post ziemlich reißerisch "Das schleichende Tempo wird viele Zuschauer langweilen, aber er

wird mehr als ein paar Menschen zu einem Marsch auf die Straßen inspirieren." Oder die Zeitschrift Rolling Stone "Einer der besten und provokativsten Filme des Jahres!". Welterklärung aus Hollywood? - Mittels Film-inhalten politische Botschaften zu transportieren ist nicht neu, neu ist die Entwicklung des Sub-Genres: Der globalisierungskritische Film mit seinem Liebesschauplatz Afrika, denn hier lassen sich die Gut gegen Böse-Handlungen am leichtesten inszenieren: Weiße Ausbeuter, Unterdrückte Schwarze und als Mittler der weiße "Gutmensch", der gegen das Böse - die Globalisierung - kämpft, sei es mit Spendengeldern oder als investigativer Journalist.

Über Komplexität & Globalisierung

Die westliche Filmindustrie tut sich mit Komplexität der Globalisierung schwer, da die für Hollywood typische Einteilung der Charaktere in Gut/Böse und der Handlung Schwarz/Weiß dabei nicht funktioniert, somit wirken die Filmhandlungen oftmals holprig und gezwungen. Trotzdem gewinnen diese Filme derzeit weltweit Preise und scheinen Oscar-Nominierungen gepachtet zu haben,

so dass man unterstellen könnte Hollywood zeige sein soziales Gewissen. Der Zuschauer kann folglich mit einem Kinobesuch seinen postkolonialen Schuldkomplex bereinigen.

An die vielschichtige Darstellung des afrikanischen Dschungels von Joseph Conrads Roman Herz der Finsternis reichen diese Filme bei weitem nicht heran, obwohl oftmals der Eindruck entsteht sein literarisches Motiv über die weiße Ausbeutung des schwarzen Kontinents und die unbewusste Schuld der Kolonialherren werde kopiert.

Aber es geht auch anders

Dass es aber auch anders geht, zeigt hingegen der aus Haiti stammende Regisseur Raoul Peck. In seinem Spielfilm Lumumba rekonstruiert er die dramatischen Umstände und politischen Intrigen, die 1961 in der Ermordung des ersten Premierministers, des gerade unabhängig gewordenen Kongos, gipfelten. Das Schicksal Patrice Lumumbas, der legendären fast mythischen Figur im Prozess der Dekolonialisierung Afrikas, wird zu einem Schlüssel für das Verständnis der politischen Wirren im heutigen Kongo und der

wirtschaftlichen Interessen, die den Krieg im Gebiet der Großen Seen am laufen halten. Sein neuester Film Sometimes in April beschäftigt sich mit dem Völkermord in Ruanda. Und bleibt authentisch, für ihn haben alle Figuren Schwächen und sind nicht per se gut oder böse.

Seine beiden Filme nähern sich der Zeitgeschichte, indem das Romanhafte, das Politische, die große Geschichte wie die Kleine, das Intime wie das Alltägliche ineinander verflochten sind und so miteinander korrespondieren. Es gibt keine Heldenverehrung. Er möchte aufzuzeigen, dass alles was man über die Vergangenheit weiß, nicht aus dem Kontext der Gegenwart herauszulösen ist. Und dass die Gegenwart nicht ohne die Vergangenheit erklärbar ist. Und darin besteht ihre Stärke. Es ist nicht nur eine Chronik, sondern eine Parabel auf den gesamten afrikanischen Kontinent. Ein Mythos will der Film nicht zementieren, sondern die Mechanismen der Politik offen legen. So werden die Filme zu einem Lehrstück unserer Zeit, ganz ohne Moraldusche aus Hollywood. <<



Salwa Mohamed Ahmed

Text Salwa Mohamed Ahmed

"The only real valuable thing is intuition". Einstein said that and I believe in it. Your intuition shows how sensitive and interconnected you are with the environment around you, with all its factors. Intuition shows that your consciousness and awareness are still pure, and have not yet been polluted. Just like how a squirrel, a bird, or a gazelle can sense danger and upcoming

events. Just like a mother can feel her baby no matter how far he is. It means that you reached this midpoint between you and yourself, where you can listen to it attentively and understand it clearly, and accept it with ambition. Intuition is the point where you can state and innovate. And that is art as how I understood it and

loved it since I was a child. I started drawing when I was 3 and didn't stop except when I was 21, for some reason or another. I wish this gallery would motivate me to go back to drawing as I knew it and as love it. <<



So wird Jugend inspiriert

In Memoriam Dr. Kurt Waldheim (1918 - 2007) **Text** Irene B. Stöckl

An einem warmen Sonntag wird Dr. Kurt Waldheim 1986 zum Bundespräsidenten gewählt. Eine 9-jährige nahm dies zum Anlass, in der Wohnung ihrer Eltern Wahl zu spielen und den damals 68-jährigen zum Präsidenten "zu wählen".

Fast 20 Jahre danach bekam genau diese Person, die Chance und die Ehre im Sekretariat des ehemaligen UNO Generalsekretärs und Alt-Bundespräsidenten zu arbeiten. Mit dem Idol der Kindheit durfte sie nun reden, ja sogar plaudern. Jemand wie Du und Ich - sehr unkompliziert. Nur das enorme Fachwissen, die Lebenserfahrung und seine Würde ließen erahnen, um welche wichtige Persönlichkeit es sich handelte. Das Lächeln, das ihr begegnete, wenn er sie fragte: "Wie geht's?", erhellte den Tag und machte die Arbeit noch erfüllender.

Noch während ihrer Kindheit machte sie im Rahmen des Wiener Ferienspiels einen Ausflug in die Wiener UNO-City. "U1 Station Kaisermühlen - Vienna International Center", spricht die U-Bahn Stimme. Die Gruppe des Kindergartens steigt aus.

Die Wiener UNO City ein Symbol

Die UNO City in Wien ragt wie ein Palast der internationalen Diplomatie über der Skyline Wiens. Damals 1979, war es Dr. Kurt Waldheim als UNO Generalsekretär, der gemeinsam mit Dr. Bruno Kreisky dafür sorgte, dass sich die Vereinten Nationen in Wien ansiedelten. Ebenso war Dr. Kurt Waldheim maßgeblich in die Verhandlungen um den Beitritt Österreichs in die Vereinten Nationen 1955 involviert. Errungenschaften, von denen Österreich heute noch profitiert. Argumentationen für die Kandidatur um einen UNO Sicherheitsratssitz wären viel schwerer, hätte sich nicht damals Dr. Kurt Waldheim so eingesetzt. Ein Umstand von dem die Stadt Wien heute noch profitiert. Niemals gäbe es Botschaften aus so vielen Ländern in Wien, wenn es nicht all die Internationalen Organisationen gäbe.

Insgesamt 10 Jahre war er an der Spitze der UNO, von 1972 - 1981, zwei Amtsperioden. Dies nach einer fast 40-jährigen diplomatischen Karriere. Bereits 1945 ist er in den diplomatischen Dienst eingetreten und gehörte einer Delegation an, die an den Staatsverhandlungen beteiligt war. Von 1955 bis 1956 war er ständiger Vertreter Österreichs bei den Vereinten Nationen in Wien. Dieses Amt bekleidete er noch zwei weitere Male. Das Pech auf der einen Seite war das Glück auf der anderen. Nachdem er sich im ersten Antreten zur Wahl des Bundespräsidenten nicht durchsetzen konnte, wurde er im Jahr 1971 zum UNO-Generalsekretär gewählt - das Amt, das er 1972 antrat.

Amtszeit als UNO Generalsekretär

Seine Amtszeit als UNO Generalsekretär war von so schwerwiegenden Auseinandersetzungen wie dem Jom Kippur Krieg überschattet. Bei zahllosen Besuchen versuchte er den Frieden im Mittleren Osten wieder herzustellen. Aber auch Konflikten wie in Zypern nahm er sich an. Während seiner Zeit als UNO Generalsekretär unternahm er drei offizielle Reisen auf die Mittelmeerinsel.

Alles Dinge von denen das Kind von damals neun Jahren nichts wissen konnte, dennoch hatte Dr. Kurt Waldheim so viel Charisma, dass sie ihn gewählt hätte. Erst über die Jahre hinweg und ihr mehr als fünf jähriges Engagement beim Akademischen Forum für Außenpolitik wurde sie sich der enormen Bedeutung der Person Dr. Kurt Waldheim vollends bewusst. Bei der Rede während der Closing Ceremony der VIMUN (Vienna International Model United Nations) 2001 durfte sie ihn zum ersten Mal live erleben. Da ging es ihr wahrscheinlich wie allen im UNIDO Board Room (einen der größten Konferenzräume der Wiener UNO City) als sie das Programm der Closing Ceremony las. "Is it really him?" Hätte er damals auf Mandarin Chinesisch gesprochen, wäre es ihr auch egal gewesen. Seine Anwesenheit allein - das war entscheidend.

Die Zeiten als Liga Präsident

Als sie sich dann im AFA zu engagieren begann und öfters im Büro des AFA arbeitete, staunte sie nicht schlecht, als da plötzlich der ehemalige UNO Generalsekretär bei der Tür reinkam. "Ja, wir teilen uns das Büro mit der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen. Von der ist Dr. Waldheim Präsident." Seine Art und Weise wie er Probleme anpackte war bemerkenswert. Denn selbst nach den vielen Jahren der persönlichen Rückschläge und Enttäuschungen glaubte er immer noch an das Gute. Die Liebe für die Vereinten Nationen, als einziges Instrument zur Erlangung des Weltfriedens, zeigte sich speziell dann, wenn er die vielen jungen Leute sah, die ihm zu jubelten, wenn er die Worte bei der VIMUN sprach. Die Rede immer wieder gespickt mit persönlichen Erfahrungen, die Erzählweise genau dieser, die eine menschliche Wärme ausstrahlte, aber immer mit seinem eigenen Witz gepaart war. Und das Leuchten in den Augen, wie sie die jungen Menschen erblickten, die nach seiner Rede auf ihn zu stürmten, um ihn die Hand zu schütteln oder ein Foto mit ihm zu bekommen.

Nach sechs Jahren in diesem Büro kann die heute 30-jährige sagen: "Eine große Ehre, dass ich so eine wichtige Persönlichkeit kennen lernen durfte!". Eine Erfahrung, die sie noch ihren Enkelkindern erzählen wird. Jede Minute war kostbar. Ihn auch als Mensch kennen gelernt zu haben, rückte die Hetzkampagnen während seiner Bundespräsidentenschaft noch mehr in den Hintergrund. In den vielen Gesprächen, einige kürzer, einige länger, zählte der Mensch Kurt Waldheim und das was er für dieses Land geleistet hat. Die vielen Gespräche mit der Jugend, die inspiriert durch ihn, vielleicht ihn Zukunft einiges mehr dafür tun werden, dass die Welt und die internationale Staatengemeinschaft ein friedlicher wird. <<



Bei einem seiner zahlreichen Auftritte bei der Vienna International Model United Nations (VIMUN 2005). Das Bad in der jugendlichen Menge bereitete ihm besondere Freude.



Empfang einer Schülergruppe aus Ebreichsdorf, Februar 2007



Im Gespräch mit AFA Mitarbeitern im Dezember 2006.

Im Interview mit der ersten Zeitung des AFA 1995





Balkanreise

Das AFA stellte sich der Faszination Balkan und verband Studien- mit Traumreise. **Text** Julie A. Demel

Balkan? - Bis vor der Studienreise nach Beograd und Sarajevo konnten wir uns kaum etwas darunter vorstellen. Es war lediglich eine vage Ahnung hügeliger Berglandschaften, ein verschwommenes Bild von Chaos und Anarchie, Bilder von Krieg und Flüchtlingen, und "ein Hauch von Orient" - ein blinder Fleck auf der Landkarte Europas. Am Ostermontag trafen sich dreiundzwanzig unternehmungslustige junge Leute am Wiener Westbahnhof für die Reise ins "Ungewisse". Nach wie vor scheint es unmöglich, sich dem Phänomen Balkan neutral zu nähern. Zu präsent sind die Bilder aus den Neunzigern von Bombardements, Vertreibungen, Belagerungen, Massakern. Die Frage "Wie gegenwärtig ist der Krieg noch?" oder "Hat das Böse ein Gesicht?", stellt sich fast zwangsläufig.

Belgrad

Das serbische Parlament, erster Halt unserer Reise, Schauplatz vieler Demonstrationen, darunter jener im Oktober 2000, die das Ende der Ära Milošević markierte, hatte auch schon mehr Betriebsamkeit erlebt. Zum Zeitpunkt unserer Führung ist es verwaist: Die serbische Regierung ist seit einem Jahr in Koalitionsverhandlungen verstrickt. Zufällig treffen wir auf einen Parlamentarier, er hält sich bedeckt, was die innenpolitische Lage angeht. Bis zum Zerfall der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien beherbergte das Haus immerhin den 'Rat der Republiken und Provinzen' und den 'Bundesrat'.

Die serbische Parlamentswahl ist unter anderem Gegenstand des Besuches in der österreichischen Außenhandelsstelle beim Handelsdelegierten Dr. Herbert Preclik. Denkbar ungünstige Voraussetzung für die dringenden Reformen des Landes ist die ungewisse Zukunft. Serbien hat unter einem

niedrigem Wirtschaftsniveau, schlechter Infrastruktur, Arbeitslosigkeit von über 30 Prozent und langsamer Justiz zu leiden. Umstände, die österreichische Investoren, die seit Jahren unter anderem den Banken- und Versicherungssektor dominieren, jedoch nur teilweise abzuschrecken vermag. Man ist eben vor der Haustür. Österreich hat ganz offenbar verstanden, wie wichtig es ist, in diese Region zu investieren und ist Nummer Eins unter den Auslandsinvestoren. Die jungen Serben, die im Rahmen der UNA (United Nations Association) Serbia die Belgrade International Model United Nations (BIMUN) organisieren, zeigen uns das Nachtleben und lassen die fatalistischen Einschätzungen und Wirtschaftsdaten jedoch schnell verblassen. "We are proud to be Serbian. Why shouldn't we?"

In den Osten Serbiens

Die Reise führt uns durch den Osten Serbiens, über die Drina in die Republika Srpska weiter nach Srebrenica. Die Fahrt ist am dritten und schwierigsten Tag der Reise. Schon

als wir die serbisch-bosnische Grenze überqueren, habe wir ein mulmiges Gefühl in der Magengrube. Der Bus fährt durch eine wunderschöne Hügellandschaft mit weidenden Kühen. Zunächst kaum vorstellbar, dass hier ein solch kriegeresches Gemetzel stattgefunden haben soll.

Gedänkstätte in Srebrenica

Der Bus hält schließlich vor einer muslimischen Gedenkstätte und Friedhof mit unzähligen weißen Pfählen - gegenüber die Fabrikhalle, in der damals die UNPROFOR-Truppen stationiert gewesen waren. Ein Vertreter der NGO "Mütter der Enklaven Srebrenica und Zepa" führt uns durch die Gedenkstätte. Mit ruhiger Stimme erklärt er uns die Geschehnisse: "Über das Nichteinhalten der Waffenruhe durch die bosnischen Serben. Die Flucht der Bevölkerung nach Srebrenica zum UNO Hauptquartier. Dann die Trennung von Männern und Frauen, die Abfahrt der Männer in Bussen. 8.000 Personen, Männer und Frauen wurden dann vor den bereits vorbereite



EUROPE

ten Massengräbern erschossen."Anschließend sehen wir eine Dokumentation, die Bilder der Exekutionen werden uns noch Tage lang verfolgen. Eine Erkenntnis ist erschreckend: Das Morden ist so einfach.

Ankunft in Sarajevo

Am Abend kommen wir erschöpft in Sarajevo an. Von der Stadt sehen wir nur ein Lichtmeer in der Dunkelheit. Belagertes Sarajevo, so der langjährige Rufname in der Weltöffentlichkeit, legendärer Schmelztiegel von Orient und Okzident. Was der Stadt und ihren Bewohnern noch im letzten Jahrzehnt widerfuhr, erscheint angesichts des Sonnenscheins und der vielen Cafés und Cevapčinićas, der lokalen Antwort auf nicht existente internationale Fast Food Ketten, surreal. Dies täuscht jedoch nicht über die andere Seite der Einzigartigkeit des modernen Staates Bosnien-Herzegowina hinweg. Obwohl die nationalen Autoritäten mehr und mehr die Kontrolle übernehmen, bleibt die Sicherung des Friedens eine Herausforderung. Deshalb

patrouillieren immer noch vereinzelt EUFOR-Truppen. Bei einem Besuch im EUFOR Camp erfahren wir mehr zur aktuellen Lage. Ein Vortrag von Niels von Redecker, politischer Berater des EUFOR-Kommandanten, gibt uns Auskunft.

Dr. Werner Almhofer, österreichischer Botschafter in Bosnien-Herzegowina, erzählt uns von den Fortschritten, die das Land gemacht hat. Trotz einiger Probleme könne man in keinem Fall von einem Failed State sprechen, so eine junge Bosnierin, die als Vertreterin des World University Service (WUS) Austria, ein internationales Kooperationsprojekt im Bereich Bildung, bei dem Gespräch teilnahm. Die junge Generation sei sehr optimistisch.

Diese positive Einstellung der Bevölkerung bestätigte auch der Leiter der lokalen EU-Monitoring Mission, DDr. Heinz Vetschera beim abendlichen Sarajevsko Pivo. Anlass zu vorsichtigem Optimismus gäben nicht nur die laufenden Gespräche über ein Stabilisie-

rungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU, die baldige Reduktion der EUFOR-Truppen, sondern auch der Umstand, dass der Hohe Repräsentant, seine umfassende Legislativ- und Exekutivkompetenzen immer seltener nutze.

Der letzte Tag

Am letzten Tag unserer Reise zeigt uns der wohl exzentrischste Stadtführer sein Sarajevo. Er ist Autodidakt, Philosoph, Schriftsteller und Komiker in einem. So sehen wir die zahlreichen Facetten der Stadt. Die angeblich von Saudi Arabien finanzierte größte Moschee der Stadt. Dort verkaufen ehemalige Mudschadschedin-Kämpfer Gebetsteppiche und andere Dinge. Danach geht es in Richtung Republika Srpska. Die Grenze der Föderation verläuft mitten durch die Stadt. Dort hört für Polizisten der Föderation der Kompetenzbereich auf. Natürlich besichtigen wir auch die Schauplätze der k. und k. Monarchie: Das ehemalige Hotel Austria, in dem Franz Ferdinand und seine Frau Sophie ihre letzte Nacht verbrachten, den Attentatplatz. Wir sehen aber auch die Mahnmale des Krieges: den Eingang des Tunnels, der die einzige Verbindung zwischen der belagerten Stadt und dem bosnischen "Free Territory" war, die Rosen von Sarajevo, die am Boden symbolisch markieren, wo Menschen während des Krieges zu Tode kamen.

Auf dem langen Heimweg nach Wien können wir nochmals reflektieren. Wir bekamen in nur fünf Tagen die Gelegenheit die letzten fünf Jahrzehnte Revue passieren zu lassen - eine neue Sichtweise auf die Region. So konnten wir die Vielfalt des Balkans schätzen und lieben lernen. Unsere benachbarte Region hat nun einen besonderen Platz in unserem Herzen eingenommen. <<



Sicherheit interdisziplinär erforschen

Die Students Initiative for Security Policy Research wurde durch das AFA-Wien initiiert und versteht sich als interdisziplinär forschende Arbeitsgruppe. **Text** Simon Tauer

Als Ausgangspunkt des Projekts dienen die theoretischen Ansätze der erweiterten Sicherheitspolitik sowie der Human Security, die viel akzeptierte Grundlagen sind. Diese involvieren außer den militärischen auch ökonomische, politische und gesellschaftliche Faktoren und betonen weiters ein System von Stabilität, Sicherheit und Prosperität, sowie den Schutz jedes Einzelnen und seiner Freiheiten. Die globale Diskussion der Sicherheitspolitik nimmt immer größere Wichtigkeit im internationalen Dialog ein.

Letztendlich, sind die Vereinten Nationen mit ihrer Unterorganisation eine tragende Komponente in der Wahrung der globalen Sicherheit. Grund genug, dass sich das Akademische Forum für Außenpolitik Wien (AFA-Wien) dieses Themas annimmt.

Auf dieser Basis arbeitet nun das 12-köpfige Team des Projekts. Über einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten wird eine sicherheitspolitisch aktuelle Thematik ausgearbeitet und analysiert.

Schwerpunkt des ersten Projekts ist die Energiepolitik als eine der wichtigsten Faktoren der Sicherheitspolitik. In diesem Zusammenhang fand bereits im ersten Halbjahr 2007 eine Veranstaltungsreihe zum Thema Non-Proliferation und der friedlichen Nutzung der Kernenergie statt.

Die Forschung orientiert sich zunächst am historischen Kontext. Als Dachorganisation spielen hierbei die Internationalen Organisationen wie IAEA und OPEC eine entscheidende Rolle - beide mit Hauptsitz in Wien. Besonders wichtig sind die Europäische Union und die Vereinigten Staaten als sogenannte Global Actors. Ihre internationale Bedeutung und ihre nationalen Anliegen im Energiebereich werden ebenfalls von der Forschung erfasst. Dies deshalb, da die anschließenden Fallstudien der Länder Russland, des Iran und Venezuelas einen genauen Überblick über die heutige Situation geben sollen. Russland ist ein Key Player für die Europäischen Union, vor allen Dingen im Erdgassektor, Venezuela ein wichtiger Akteur für die Vereinigten Staaten und der Iran als aktueller Fall der Weltpolitik allgemein für Öl. Der Start der Analyse wird mit Ende Juni 2007 angesetzt. In einem ersten Treffen der Gruppe wurden die Bereiche aufgeteilt, an den bereits intensive gearbeitet wird. Die Resultate des Projekts werden am Ende bekannt gegeben und sollen dem Neuerungsanspruch des AFA-Wien und des SISPR Projekts gerecht werden. Weitere Informationen über SISPR sowie die aktuellen Entwicklungen des Projekts werden auf der Homepage <http://afa.at/sispr> veröffentlicht. <<



Statue mit dem Titel "Let Us Beat Swords into Ploughshares" vor dem UN Hauptquartier in New York, 1977

Panel discussion with Amb. SCHULTE, at the University of Vienna
15.05.2007



Panel discussion with Amb. SOLTANIEH at the University of Vienna,
18.04. 2007



Clubbing "10 Years Magazine GLOBAL VIEW and World Press Freedom Day 2007" at Badeschiff Vienna, 02.05.2007



Lecture by EU Commissioner Dr. Benita FERRERO-WALDNER at the Di-
plomatic Academy Vienna, 11.05.2007





Akademisches Forum für Außenpolitik -
Hochschulliga für die Vereinten Nationen
Johannesg. 2/2/32 | A-1010 Wien | afa.at

kein text. kein bild.

wir beschränken uns aufs reden!

www.debattierclub.org



zwei teams | ein thema | pro - con